

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Bote". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 55,- M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Circulband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saarland und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60,- M., für das übrige Ausland 67,- M.

Die sechspaltige Kompartimentszeile über deren Raum kostet 18,- M., einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Vertragspreis Zentrum 152 80-152 80

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um Hermes' Pariser Mission

Wirth oder Hermes? — Hermes Bericht im Reichstagsauschuß — Konferenz mit den Koalitionsführern — Die Pariser Anleiheverhandlungen

Es kriecht in der Reichsregierung. Das ist bekannt. Wirth will nicht so wie Hermes. Auch das weiß man. Die Differenzen zwischen den beiden werden aber mehr angedeutet als ausgesprochen. Man möchte sie auf persönliche Rivalität zurückführen. Wirth habe von Genua Erfolge heimbringen wollen. Das sei ihm vorgebeugelt. Jetzt ärgere er sich, daß sein Antipode Hermes von Paris offenbar Erfolge mitgebracht habe. Das ganze Kabinett sei für Hermes und suche Wirth zur Vernunft zu bringen. Uns scheint diese Deutung des Konflikts von dem Bestreben diktiert, den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Was Hermes von Paris mitgebracht hat, scheint doch noch sehr problematischer Natur zu sein. Man spricht davon, daß er die Aussicht auf eine baldige und ausreichende auswärtige Anleihe erreicht habe, die die Voraussetzung dafür sei, daß Deutschland nach dem Stande seiner schwebenden Schuld vom 31. März d. J. für die Balancierung seines Budgets Sorge. Man möchte die Leffentlichkeit glauben machen, daß weder Hermes noch die Reichsregierung sich darüber Gedanken gemacht haben, wie das Steuerbudget aussehen werde, daß man der Reparationskommission für diese Balancierung des Etats präsentieren und welche Garantien man für die auswärtige Anleihe bieten will. Uns will scheinen, daß Hermes und Genossen hoffen, die Abmachungen mit der Reparationskommission zunächst mit der Linken und später die Steuern und die Anleihegarantien (Eisenbahn!) mit der Rechten durchbringen zu können. Die Linke soll die Kohlen aus dem Feuer holen. Die Rechte wird sich nachher um die Erfassung der Vermögenssubstanz herumdrücken und wieder den Besigolten alle Lasten aufbürden. In diesen Problemen scheint uns der Gegensatz Wirth-Hermes begründet. Wirth hat sich bekanntlich früher einmal dafür ausgesprochen, die Vermögenssubstanz zur Steuerleistung heranzuziehen, wenn Gewißheit besteht, dadurch das finanzielle Verhältnis zur Entente und die deutschen Finanzen endgültig regeln zu können. Hermes dagegen ist der Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei und der großkapitalistischen Steueraboteure.

Im auswärtigen Ausschuh des Reichstags

Scheint gestern über die schwebenden Streitfragen noch keine Klärung erzielt worden zu sein. Wirth, Rathenau und Hermes waren bei Beginn der Sitzung um 10 Uhr früh erschienen. Vizekanzler Bauer plädierte dafür, zuerst über Oberschlesien zu verhandeln, da die Regierung über Genua und Paris noch berate. Der Ausschuh beschloß jedoch, gegen die Regierungsparteien, Wirth, Rathenau und Hermes zu erfragen, vor dem Ausschuh umgehend über Paris zu berichten. Bis dahin nahm man den Bericht über das Abkommen entgegen, das mit Polen über Oberschlesien abgeschlossen werden soll. Abends um 6 Uhr berichtete Hermes im Beisein Wirths und Rathenaus über seine Pariser Verhandlungen mit Mitgliedern der Reparationskommission. Die Verhandlungen waren diskret, was natürlich nicht hindert, daß die bürgerliche Morgenpresse über sie detailliert berichten wird. An Hermes wurden von Mitgliedern einzelner Fraktionen verschiedene Fragen gestellt, die er beantwortete. Der nichtslagende offizielle Bericht des Ausschusses, der durch W.D. verbreitet wird, läßt auf den sachlichen Inhalt der Beratungen keinerlei Schlüsse zu. Heute früh um 10 Uhr legt der Ausschuh seine Beratungen vor. Zunächst soll Oberschlesien, dann Paris und Genua beraten werden.

Die Führer der Koalitionsparteien des Reichstags

wurden gestern nachmittag vom Reichskanzler über die gegenwärtige politische Situation informiert. Um 5 Uhr trat das Kabinett wieder zu einer Sitzung zusammen, in welcher der Finanzminister seinen Bericht über seine Verhandlungen in

Paris fortsetzte. Es ergab sich, daß die Gesamtheit des Kabinetts bis auf den Reichskanzler dem Verfahren des Ministers Hermes zustimmte.

Beginn der Bankier-Konferenz

Der von der Entschädigungskommission eingeholt wurde, unter denen Deutschland eine Anleihe zu gewähren ist, sagte am Mittwoch unter Vorsitz des Franzosen Delacroix. Dabei hat der deutsche Vertreter Bergmann im Laufe des Nachmittags ein Exposé über die Verhandlungen gegeben, die angeblich zwischen der Entschädigungskommission und der deutschen Regierung geführt werden. Außerdem hat er sich über die augenblickliche Lage des deutschen Reichsbankens verbreitet.

(E.P.) Paris, 26. Mai

Die "Chicago Tribune" schreibt, daß das Komitee Morgan gestern in ernsthafte Beratungen eingetreten sei. Das Komitee habe Herrn Bergmann mitgeteilt, daß Deutschland die Inflation aufhalten und das Budget ins Gleichgewicht bringen müsse, wenn es eine Anleihe bekommen wolle. Das Komitee begann sodann eine genaue Prüfung der Finanzlage nach folgenden Gesichtspunkten:

- 1. die ganze Bestimmung der deutschen Hilfsquellen und der deutschen Produktionsfähigkeit und deren Beeinflussung durch innere und äußere Faktoren;
- 2. die Bestimmung des Entschädigungsbetrages, den Deutschland gegenwärtig bezahlen kann, ganz abgesehen von dem Zahlungsplan irgendeines anderen Abkommens;
- 3. die Beeinflussung der deutschen Produktionsfähigkeit und die Aufrechterhaltung einer starken alliierten Besatzungsarmee oder durch alliierte Sanktionen;
- 4. die deutschen Abnahmefähigkeiten in der Welt und deren Beeinflussung durch die deutsche Valuta, die Zölle und die deutschen Produktionskosten;
- 5. die Art der Garantien, die Deutschland für die Anleihe bieten könnte.

Nachdem diese Untersuchungen, die zum mindesten fünf bis sechs Wochen dauern, werden zu einem Ende gebracht sein werden, werde das Komitee die Bedingungen für eine oder mehrere Anleihen aufstellen. Man erklärt ganz bestimmt, daß eine solche Anleihe dazu bestimmt sei, die deutschen Kriegsschulden in rein kaufmännische Anleihen umzuwandeln. Die Verantwortlichkeit für die Bezahlung der deutschen Schulden würden offensichtlich von den alliierten Staaten auf die privaten Geldgeber übertragen werden. Die wahre Absicht der Bankiers ist nach dem genannten Blatte, nicht eine einzige Anleihe von z. B. einer Milliarde Dollar aufzubringen, die nur vorübergehenden Wert hätte, sondern eine Grundlage für eine Reihe von Anleihen zu entwerfen, die sich über mindestens 20 Jahre erstrecken würden. Die Wirkung davon wäre, daß die gesamte Entschädigungsschuld von 132 Milliarden Goldmark nach und nach Deutschland vorgeschossen würde. Es wird die größte Anstrengung gemacht werden, um die Beratungen des Komitees geheimzuhaltend, damit Einflüsse auf das Valutawesen verhindert werden.

Der "New York Herald" schreibt, daß in der gestrigen Sitzung des Komitees Morgan die Frage der Garantien der Anleihe, gesondert in Betracht gezogen wurde. Man glaubt, daß wenn bestimmte Garantien geleistet werden könnten, die amerikanischen Finanzleute sich an der Anleihe beteiligen würden. Im Hinblick auf die großen finanziellen Kapitalien, die gegenwärtig in Amerika, Holland, der Schweiz, Spanien, Skandinavien bereit liegen, glaubt man, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine große internationale Anleihe günstig ist. Die Frage der Garantien bietet aber eine Reihe von Schwierigkeiten.

Der französische Abgeordnete Sergent ist der Ansicht, daß die Anleihe von den großen Industriellen garantiert werden könnte.

Die Choleraepidemie in Rußland

(M.P.) Warschau, 26. Mai

Nach einer Meldung aus Charkow hat sich die Cholera-Epidemie in den Gegenden von Cherson und Odessa verstärkt. So wurden am 6. und 7. Mai in Cherson 4 neue Cholerafälle festgestellt. Seit Anfang der Epidemie sind bis zum 7. Mai in dieser Stadt 1620 Choleraerkrankungen vorgekommen. Auch in Odessa wurden in den ersten Tagen des Mai 55 neue Choleraerkrankungen festgestellt.

Der Volkswirt des A.D.B.

II.

T. S. Da aber Dr. Striemer den Kapitalismus selbst als eine noch notwendige Wirtschaftsstufe betrachtet und schildert, so muß er logischerweise auch zu dem Schluß kommen, daß die Kapitalistenklasse, daß die Bourgeoisie nicht nur notwendig, sondern dem Proletariat überlegen und darum sein Vorkämpfer sein muß.

Zu einer von der "Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" mit großem Enthusiasmus aufgenommenen Untersuchung "Branchen wir Unternehmer" antwortet Striemer: „Ja, wir brauchen sie mehr denn je!“ Und dabei definiert er den Begriff des Unternehmers dahin: „daß derjenige Unternehmer wird, der mit eigenem oder fremdem Geld Geschäfte unternimmt, bei denen er die Gefahr, Verluste zu erleiden, persönlich trägt.“ Lassen wir gleich sein stärkstes Argument gegen die Aushebung des Privateigentums folgen: „Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist auch ein Schutz gegen das verschwenderische Wirtschaften aus dem „großen Topf“, der Gemeinelaunen ist.“

Für ihn ist demnach schon Unternehmer derjenige, der Geld zur Betreibung von Geschäften hingibt — eine solch nichtslagende Definition, wie sie noch nicht einmal von den unbedeutendsten Vulgarökonomien gegeben wurde. Wäre doch nach solcher Definition jeder Spekulant in Industriepapieren, jeder Kapitalgeber bei einer Aktiengründung schon Unternehmer, da er ja auch die Gefahr läuft, Verluste persönlich zu erleiden. Unternehmer sein, heißt bei ihm nicht einmal, die Leitung des Betriebes in eigene Hand zu nehmen, sondern Unternehmer sein, heißt Waagnis übernehmen, heißt die Ersparungen, statt sie festverzinslich anzulegen, in Unternehmungen hineinstecken, die unter Umständen sich nicht rentieren; vielleicht ganz fieser schläge, heißt also "Courage" zeigen. Nach dieser vollswirtschaftlichen Belehrung wäre der wilde Spekulant also eines der nützlichsten Glieder der menschlichen Gesellschaft, da er ja Kühnheit besitzt, Verluste riskiert und statt der niedrigen Verzinsung etwa der Staatspapiere zu solchen Papieren greift, die ihm hohe Dividende und womöglich noch Gratisaktien abwerfen. Freilich — es kann auch mal schief gehen — die weil unser "Unternehmer" von der eigentlichen Betriebsführung, der Technik, der Produktion usw. herzlich wenig oder gar keine Ahnung hat! — und es kann dadurch zu Krachs und Verlusten kommen; daß aber diese Unternehmungsverluste, diese Krachs als Folge der großen "Courage" sich in Krisen für die Arbeitnehmer auswirken, das hindert unseren Volkswirtschaftler nicht daran, das Fortbestehen des Unternehmertums und damit der Klassenherrschaft als unerlässlich und gut zu bezeichnen!

Wie ganz anders dachten schon vor Jahrtausenden die großen Geister des klassischen Altertums, denn schon Aristoteles sprach aus: Daß die Herrschaft wie im politischen, so im ökonomischen Gebiet den Gewalthabern die Arbeit des Herrschens auferlegt, das heißt auf ökonomischem Gebiet also, daß sie vertreiben müssen, die Arbeitskraft anzuwenden — aber er fügte sogleich weiter hinzu, daß kein großes Wesen mit dieser Aufsichtarbeit zu machen sei, weshalb der Herr, sobald er vermögend genug ist, die "Ehre" dieser Bloderei einem Kuffeher überläßt. — Wenn dies aber bereits auf die primitive Ausbeutung in der Zeit der Antike zutrifft, um wieviel mehr in der Zeit des Hochkapitalismus, des anonymen Kapitals!

Daß aber in dem Organ des A.D.B. dem Unternehmertum die Argumente gegen den Sozialismus, gegen die Gemeinwirtschaft geliefert werden, daß in einem freigewirtschaftlichen Betrieb gegen das verschwenderische Wirtschaften aus dem großen Topf, der Gemeinelaunen ist, gewertet wird, das kommt schon einer Verschmutzung des eigenen Nestes gleich. Dazu scheint Dr. Striemer nichts zu wissen von dem großen Opfermut der Belegschaften in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben Oesterreichs, seine Heilbrigkeit scheint vollkommen zu verägen, wenn die für die kurze Zeit ihres Bestehens als überaus erfreulich zu bezeichnenden Resultate der deutschen Sozialisten Baubetriebe beauftragt werden können.

Er schaut nur fasziniert nach dem Bürgerturn hinüber, und nicht genug damit, daß er uns die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Unternehmertums und Privatbesitzes nachweist, auch die höhere Moral und Sittlichkeit kann nach ihm einzig und allein aus den Reihen des Bürgerturns der nach Striemers Meinung noch auf recht niedriger Stufe stehenden Proleten gebracht werden.

In einem sehr salbungsvollen Neujahrsartikel predigt er den Arbeitern, daß sie der Vorbilder bedürfen, die als Menschen höherer Sittlichkeit mit Menschen geringerer Entwicklung in allerergeren Verkehr treten; deswegen brauche die Arbeiterklasse zu ihrem Aufstieg das sogenannte Bürgerium, um mit ihm in engste Kulturgemeinschaft zu treten — nicht jene Bourgeoisie, deren Lebenszweck nur das nackte Geldverdienen um jeden Preis ist, sondern jene Schicht der Gebildeten, die nicht nur geistig auf hoher Stufe stehen, sondern auch Herzens- und Charakterbildung besitzen. Und wie ein neuer Christus ersticht in dem Neujahrs-„Freiheit“ — Der Volkswirt 2

prediger, der die Mahnung ausspricht, daß „das Band einer starken Liebe alle umschließen müsse“ und in uns das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Heilsbringern aus dem bürgerlichen Lager wieder aufkomme! In seiner Begeisterung übersteht er ganz, daß schon des ersten Heilands Liebesbotenschaft zerschellte und zerschellen mußte daran, daß die Welt geteilt ist in Ausbeuter und Ausgebeutete, und wenn auch dank dieses Unterdrückungssystems auf Seiten der Ausbeuter die besseren Möglichkeiten zur Aneignung von Wissen und Kenntnissen bestanden — die höhere Sittlichkeit hat das alte Bürgerium wahrlich niemals repräsentiert! Wohl konnte man sich dank des Geldes mit den Wissenschaften beschäftigen, konnte sich verfeinern, ja raffiniertesten Lebensgenuß schaffen, aber dieses Genießen, beruhend auf der Aneignung des von rechtlosen Proletariats erschaffenen Reichtums, war es nicht der höchste Ausdruck der Unstittlichkeit, wesensfremd dem neuen, höheren Geist der proletarischen Gemeinschaft?

Auf welcher Seite wahrhaft Solidarität, Aufopferung und höherer Gemeinschaftsgeist und wo brutaler Egoismus, Machtstreben und darum Unmoral herrscht, das entrollte sich eben erst so plastisch vor unseren Augen in dem großen Kampf in Süddeutschland. Niemals war Rücksichtslosigkeit, Mißachtung der arbeitenden Menschen auf Unternehmenseite krasser, aber auch noch nie hat das Ringen um ein ideelles Ziel so viel gegenseitige Hilfe, Solidarität und Güte von Mensch zu Mensch entfaltet. Und diese Menschen, die schon dank ihrer historischen Mission dazu berufen sind, wahren Gemeinschaftsgeist erstehen zu lassen, sie sollten genötigt sein, sich Lehrmeister aus einer untergeordneten Klasse zu holen?

Und was sollten diese Lehrmeister ihnen beibringen? Nach Dr. Striemer wäre es der Gedankengang: „Der Betrieb ist unser, ober in rechtlichem Besitz des privaten Kapitals oder der Gesellschaft, der Kommune oder des Staates ist, denn ohne die Belegschaft ist der Betrieb kein Betrieb! Und weiter: Die Belegschaft hat den Betrieb „zu treuen Händen“, ja sie hat ihn besser zu verwalten, als wenn er der eigene wäre! ... O, wunderbare Weisheit! Denn aus diesem Betrieb, der „unser“ ist, den wir auch für den Kapitalisten besser zu verwalten haben, als wäre er der eigene, hat man noch eben 150 000 Männer der Arbeit hinausgesetzt, sie durch den Hunger geistig machen wollen — sollen sie nun zurückkehren, um mit verdoppeltem Eifer das Gut ihres Ausbeuters zu verwalten in dem Gedanken: Der Betrieb ist unser?“

Allerdings muß dazu erst ein Hindernis beseitigt werden, das Striemer in den Worten fordert, daß baldigst die Politik aus den Betrieben hinausgeworfen werde“.

Ja, das ist die Voraussetzung — nur daß die Politik nicht nur aus den Betrieben, sondern auch aus den Köpfen der Arbeitenden herausgerieben werden muß, damit an Stelle des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie die von Striemer geforderte „große Versöhnung der Menschen“ trete!

Zum Schluß aber möchten wir betonen: Es ist keineswegs irgendwelche Originalität der Gedanken, die uns veranlassen, uns eingehend mit Striemers Darlegungen auseinanderzusetzen — dieselben Argumente, nur in viel geistreicherer Darstellung, wurden schon vor Jahrzehnten von bürgerlichen Ideologen und geboten; wir halten es jedoch für einen unhaltbaren Zustand, daß in einem Organ der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation das herrschende System und seine Vertreter gefeiert werden, die Bourgeoisie sich daraus ihre Waffen zur Bekämpfung der wirklich proletarischen Ideologie holen kann.

„Die Einhaltung der Klassenherrschaft ist an die Verbindung geknüpft, daß die ihr unterworfenen an ihre Notwendigkeit glauben.“ Dr. Striemer glaubt an ihre Notwendigkeit — und er zeigt ihr den Weg, wie sie sich noch erhalten kann, trotzdem ihre Stunde geschlagen hat!

Die monarchistische Deutsche Volkspartei

In einem Artikel über: Die Deutsche Volkspartei in Bayern, in dem Berliner Stimmesblatt „Die Zeit“ lesen wir:

„Die Deutsche Volkspartei wird allen voreinstimmen (!!) und abenteuerrischen Bestrebungen auf Einführung der Monarchie, wenn sie ohne Rücksicht auf die gesamten deutschen Verhältnisse geplant wird, Widerstand entgegenzusetzen, da sie hierdurch eine Trennung vom Reich bedürfen muß. Aber fest auf dem Boden monarchischer Auffassung stehend wird sie für den monarchischen Gedanken werden, damit Bayern auf Wiederherstellung der Monarchie im Rahmen des Deutschen Reiches zusammen mit Herstellung des deutschen Kaiserthums rechnen kann. Dadurch glaubt sie am sichersten jeder Verführung, Bayern vom Reich zu trennen, entgegenzuwirken. Die Deutsche Volkspartei wird bei der bevorstehenden Auseinandersetzung mit den Mittelständlern darauf sehen, daß dem früheren Herrscherhause das zukommt, was ihm nach der Rechtslage gebührt — man kann ihm nicht vorenthalten, was man jedem Staatsbürger zubilligt —, daß dabei nicht kleinlich verfahren wird, sondern unter Würdigung seiner geschichtlichen Verdienste in Bayern.“

Daß die Deutsche Volkspartei nicht nur in Bayern, sondern auch anderswo gegenüber den früheren Monarchisten beileibe nicht kleinlich ist, das dürfte auch der preussische Finanzminister Richter (D.V.) bewiesen haben. Die SPD. hat sich in der Tat die richtigen

Koalitionsgenossen auserkoren, um mit ihnen gemeinsam die — deutsche Republik auszubauen und zu verteidigen!

Kampfbereitschaft der Techniker

Ablehnung der Technischen Nothilfe — Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft — Der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag.

Der Verlauf des 8. ordentlichen Bundeskongresses der technischen Angestellten und Beamten, über den wir leider aus Gründen des Raummanagements nur auszugewählte berichten konnten, hat erneut bestätigt, daß die freigewerkschaftliche Technikerorganisation bereit ist, angesichts der bevorstehenden großen wirtschaftlichen Kämpfe allen Harmoniegedanken mit Entschiedenheit entgegenzutreten und dem Bund das nötige Rüstzeug zu geben.

Die Technische Nothilfe wurde vom Bundeskongress auf das Schärfe verurteilt und die Zugehörigkeit von Bundesmitgliedern zur T. N. als unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Bund erklärt. Der Bundeskongress stellte sich auf den Standpunkt, daß es Sache der Gewerkschaften selbst sein muß, bei Arbeitskämpfen über das erforderliche Maß von Nothilfsarbeiten zu entscheiden und deren Durchführung Aufgabe der Gewerkschaften ist. Nach dem angenommenen Antrag soll der Bundesvorstand die Spitzenorganisationen zu Maßnahmen auf folgender Grundlage veranlassen:

„Im Falle gewerkschaftlicher Kämpfe übernehmen die im Kampfe stehenden Gewerkschaften die Ausführung notwendiger Nothilfsarbeiten.“

Als Ergebnis der Maifeierdebatte wurde gefordert, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu erklären.

Von besonderer Bedeutung aber war die eindeutig ablehnende Haltung des ganzen Bundeskongresses gegenüber den Arbeitsgemeinschaften. Den ebenso kurzen wie treffenden Antrag hierzu haben wir bereits veröffentlicht. In diesem Antrag gab der Genosse Kurt E. Cohn eine ausführliche Begründung, der wir folgende wesentliche Gesichtspunkte entnehmen: Die Zentralarbeitsgemeinschaften sind vom theoretischen Standpunkte zum wirtschaftlichen Sozialismus aus unauflöslich. Vom praktischen Standpunkte aus sind dieselben ebenfalls abzulehnen, da sie nur Nachteile als Ergebnisse gezeit haben. Einerseits irritieren sie die gewerkschaftlichen Massen in Bezug auf ihre grundsätzliche Stellung zum Sozialismus auf Grund ihres Programmpunktes vom unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und auf der anderen Seite sind die Gewerkschaftsdelegierten, die in die Zentralarbeitsgemeinschaft entsandt werden, meistens nur Deckmantele für die ohne Berücksichtigung der wertmäßigen Bevölkerung gefassten Beschlüsse.

Wir sehen all diese Erscheinungen in der Behandlung der Kosten-, Zeit- und Verkehrsfragen. An der letzteren möchte ich darthellen, um ein Beispiel zu zeigen, wie sich diese scheinend nur zum Wohle der Allgemeinheit eingeführte Niedrighaltung der Tarife ausgewirkt hat. Der Unternehmer führte seine Waren auf Grund der niedrigen Tarife zum Weltmarktpreise aus und steckte die Ersparnisse an Bahnen in seine Tasche, während die Allgemeinheit diese Gewinne, die sich als Verlust in unserem Verkehrsbetriebe auf der anderen Seite zeigten, durch Mehrleistung an Steuern ausbrachte. Der Vorgang wird noch krasser, wenn man die übrigen Momente, die zu einer Mehrbelastung der Allgemeinheit auf der einen Seite und zu richtigen Gewinnen auf der anderen Seite führten, in die Betrachtung mit einrechnet.

Auf Grund dieser doch keineswegs als praktische Erfolge für die Arbeitergemeinschaft zu bezeichnende Zugehörigkeit zu den Zentralarbeitsgemeinschaften müssen wir zu einer Ablehnung derselben kommen, damit wir uns von dem Alpbdruck befreien, der auf uns lagert dadurch, daß wir dem Kapital Handlangerdienste leisten zur Aufrechterhaltung der arbeitnehmerfeindlichen kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Das Hambacher Fest

Vor neunzig Jahren feierten die Demokraten am 27. Mai auf dem Hambacher Schloß, einer alten bei Reusstadt a. d. Naardt gelegenen Burganlage, das Hambacher Fest. „Für Demokratie und Freiheit!“ Was damals ein großes Ereignis war. Nicht das Ereignis, sondern das zu Erringende“ gelte es zu feiern, hieß es in der Einladung, „die Absichtslinie innerer und äußerer Gewalt“ sei das Ziel. „Die Gewalt der Zeit und der Verrat der Fürsten“ hat Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandelt, rief der Redner Dr. Siebenpfeifer aus, und er prägte den Satz: „Die Natur der Herrschenden ist Unterdrückung, der Völler Streben in Freiheit. Zur Strafe für das Hambacher Fest rückte bairisches Militär in der Pfalz ein. Auf Weiterhins Betreiben wurden Siebenpfeifer und Witt wegen Hochverrats vor das Schwurgericht gestellt.

Am Himmelfahrtstag feierte der Landesverband Pfalz der demokratischen Partei die Wiederkehr des Hambacher Festes. Statt der Siebenpfeifer und Witt waren der frühere Reichsminister Dr. Koch und der badische Staatspräsident Dr. Hummel die Redner. Schon dieser Wechsel der Redner ist bezeichnend. Wegen der Koch und Hummel würde selbst der tüchtigste Staatsanwalt keine Anklage wegen Hochverrats zu erheben wagen. Denn was sie sagten, war leichtes demokratisches Geschwätz. Sie wrohen weder von der „Absichtslinie innerer Gewalt“ noch davon, daß die „Natur der Herrschenden Unterdrückung“ ist, denn die sogenannten Demokraten von heute sind für „die innere Gewalt“ und für die „Unterdrückung durch die Herrschenden“. Die Koch und Hummel sind dafür der beste Beweis. Die Demokratie ist eben von Witt und Siebenpfeifer auf den — Hummel gekommen.

Organisation der Schupo

Ueber die Umstellung der Schupo bringt W.D. folgende offiziöse Mitteilung: Am 23. Mai, also innerhalb der von der Interalliierten Militärkontrollkommission geforderten Frist sind die von den Regierungen der deutschen Länder aufgestellten Pläne über die künftige Organisation der Ordnungspolizei der Kommission überhandt worden. Nur Thüringen war mit Rücksicht auf die bis jetzt dort vollstehende staatsrechtliche Umbildung noch nicht in der Lage gewesen, seinen Plan fertigzustellen. In dem Aufschreiben des Auswärtigen Amtes an die Kontrollkommission wird darauf hingewiesen, daß die Pläne entsprechend den übernommenen Verpflichtungen, wie sie durch den Vertrag von Versailles, die Doulogner Note und

die Pariser Verträge festgelegt und gemäß dem Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 5. April 1922 aufgestellt worden sind. Ihnen ist demgemäß durchweg der Zustand von 1918 zugrunde gelegt unter Anpassung dieses Zustandes an die inzwischen eingetretene Veränderung der Verhältnisse eine Anpassung, deren Zulässigkeit auch die Kontrollkommission in ihrer Note vom 23. März 1922 grundsätzlich anerkannt hat. In dem Aufschreiben ist ferner dargelegt, daß die vorgelegten Umorganisationsentwürfe Zeit verlangen und mit Rücksicht auf das Personal und auf die Aufrechterhaltung eines geregelten Volkswirtschafts nur allmählich zum Abschluß gebracht werden können. Dementsprechend sind die Pläne aufgestellt. Die ersten Ausführungsanordnungen sind gemäß den Forderungen der Kommission in der Note vom 23. März fristgemäß, d. h. bis zum 25. Mai, erlassen worden.

So ist die Regierung endlich wenigstens zu einem Teile von ihrem Wahne abgebracht worden, in der Schupo ein Feldheer gegen das eigene Volk haben zu müssen. Damit ist sie aber immer noch nicht zu einer Schuppolizei geworden. Es sind nicht nur Bewaffnung, Kasernierung und militärische Organisation, die schärfste Gegenwehr herausfordern. Ihre Dressur auf friedliche demonstrierende Arbeiter und ihre provozierende Führung, die durch obige Umorganisation nicht bestrafen werden, bleiben als Schandmal der freiesten aller Republiken bestehen.

Der Hohenzollernskandal

Der amtliche Preussische Pressedienst hat den irrazigen Mut, die Öffentlichkeit wegen des Hohenzollernskandals nochmals mit einem Dementi zu behelligen. Es war in einigen Blättern aus Anlaß der Nachricht über die Millionen-zuweisung an die Hohenzollern die Frage aufgeworfen worden, weshalb diese Herrschäfte immer noch nicht zur Steuerzahlung herangezogen wurden. Darauf teilt der Preussische Pressedienst mit, daß ein Gelamiveranlagung des Hohenzollern-Vermögens festzustellen habe, gegen die Veranlagung jedoch Berufung eingelegt worden sei, und zwar sowohl von dem ehemaligen Königshause als auch von den Steuerbehörden. Infolgedessen seien die Steuern vorläufig gestundet worden. Der Steuerfiskus könne, fügt der Pressedienst hinzu, nicht geschädigt werden, da er durch Beschlagnahme des ganzen Vermögens in Händen habe.

Das Dementi behauptet, also ausdrücklich, daß die Hohenzollern bis jetzt Steuern so gut wie gar nicht geleistet haben. Aus dem Schatzvermögen sind die Steuern bis zum 1. April 1920 gezahlt worden. Seitdem ist alles in der Schwebe. Der Steuerfiskus könne nicht geschädigt werden. Wir kennen das. Je länger mit der Steuererhebung gewartet wird, desto geringwertiger ist der Steuerwert, der sich in dem erhöhten Steuerbetrag ausdrückt. Um Milliarden in der Staat bereits durch die saumige Bescheuerungsgesetzgebung betrogen worden, um Millionen wird er weiter allein durch die Stundung der Hohenzollern-Steuern geschädigt werden.

Auf die Fadenfädenigkeit des Dementis wegen der Millionenverschwendung an die Hohenzollern haben wir schon hingewiesen. Es ist ein absolut unhaltbarer Zustand, die ganze Angelegenheit lediglich nach privatrechtlichen Gesichtspunkten entscheiden zu lassen. Fast solange es ein selbständiges Vermögensrecht des Staates gibt, gab es zwischen dem preussischen Finanzminister und dem Hausminister der Hohenzollern fortgesetzt Auseinandersetzungen darüber, was dem Staat und was der königlichen Familie zukommen soll. Das will, wenn man sich der Servilität der Ministerien gegenüber dem Königshause erinnert, etwas bedeuten. Trotzdem ist es vorgekommen, daß die Unerschlichkeit des Königshauses über die Bereitschaft des Hausministers, sie zu decken, hinausging. Fast gewinnt es den Anschein, als ob die preussische Regierung in ihrer Ehrfurcht vor dem Privatbesitz, sich weniger rüchgrastig gegenüber den Hohenzollern erweist, als die ehemaligen Hausminister.

Die „Rechtslage“ war durchaus geeignet, die Vermögenskrupel der Besitzherrschichten zu vermehren. Zahlreiche und riesenhafte Grundvermögen lautete auf den Namen des Königs und seiner Verwandten väterlicherseits, auf die Krone, auf Kronidealkommiss, Kronschab, Kronfiskus, Hausidealkommiss oder andere Idealkommiss des Königshauses sowie auch auf Hofbehörden. Ein von den Grundbuchämtern aufgestelltes Verzeichnis dieser Grundstücke wurde nachgeprüft und entschieden, daß alle im Grundbuch für das Königshaus unter irgendeiner der vorgenannten Bezeichnungen eingetragenen Grundstücke Privateigentum des Königs sind, bis auf etwa 40 Schlösser. Damit fielen dem ehemaligen Königshause etwa 120 000 Hektar Güter und Forsten zu. Im Rechtsauschuss des Preussischen Landtages wurde bereits festgestellt, daß diese Entscheidung vollkommen unhaltbar und zahlreiche der den Hohenzollern bereits zuerkannten Güter und Schlösser einwandfreies Staatsvermögen sind, die dem Fiskus entzogen werden sollen. Letzten Endes wird nun das Reichsgericht entscheiden. Diese Entscheidung aber braucht das ehemalige Königshaus wahrlich nicht zu fürchten. Selbst die republikanische Verfassung schützt das Privateigentum. Und wir kennen die Bestrebungen, die nicht nur der Vermehrung des Staatsvermögens mit dem Popanz Sozialisierung entgegenarbeiten, sondern sogar bestehendes Staatsvermögen, wie die Reichsbahnen usw., in Privatbesitz überführen wollen. Bei dieser vorherrschenden Einstellung auf den Privatbesitz wird gerade bei unklarer Rechtslage der Verteidiger des Privatbesitzes mehr „Rechtsgarantien“ für sich haben, als der Verfechter des Staatsvermögens.

Die republikanischen Regierungen haben schwere Schuld auf sich geladen. Ihre Stellungnahmen haben bereits so gut wie entschieden über den Ausgang des ganzen Vergleichs- und Ausgleichsverfahrens. Jede republikanische Regierung hat die Pflicht, die ganze Angelegenheit vom politischen Standpunkte der privatrechtlichen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Und da hätte die Sache so gelegen, daß alles, was dem Königshause von Staats wegen zugewiesen oder aus dem Königthum zugeteilt war, mit dem Sturz der Monarchie in das Eigentum, in Verfügung und Verwaltung des republikanischen Staates übergeht. Das wird jetzt sogar in einer Reihe bürgerlicher Blätter glatt zugegeben. Die preussische Regierung mag dementieren so viel sie will. Von ihrer Mißbilligung an dem Hohenzollernskandal wäscht sie sich nicht rein. Milliarden von Staatsvermögen stecken in den Privatbesitz der Hohenzollern und so wird ein neues großes Hohenzollernreich in Deutschland geschaffen. Millionen an Einkünften gehen dem Fiskus verloren, Milliarden an Abfindungen sind auszubringen. Das Volk, das unter Kriegs- und Nachkriegslasten schier zusammenzubringen droht, soll nun auch noch das Bleigewicht der Hohenzollernvermehrung mitschleppen.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Freitag, den 26. Mai.
Präsident Ebbe eröffnet die Sitzung 4 Uhr 15 Minuten und widmet dem heute verstorbenen Zentrumsgesandten Joseph Roden einen warmen Nachruf.
Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wird das Gesetz betreffend
Verlängerung der Geltungsdauer der Wahlrechtsordnung in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.
Beim Haushalt des Reichstags werden ohne wesentliche Debatte angenommen eine Entschädigung der Deutschen Volkspartei, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Angehörige des Reichstags bei Ueberführung in das Beamtenverhältnis in Höhe ihres etwaigen Einkommensausfalls entschädigen zu können, ferner ein kommunistischer Antrag, daß Angehörige im vorgerückten Lebensalter bei Ueberführung in das Beamtenverhältnis in die höchste ihrer Befoldungsgruppe eingereiht werden, ferner ein Antrag der kommunistischen Partei, bei Benutzung der Reichstagsräume durch nichtparlamentarische Körperschaften einen angemessenen Mietspreis zu verlangen.
Die Anträge der Kommunisten, die Summe zur Unterstützung der Gastwirtschaft des Reichstags zu erhöhen, werden abgelehnt, ferner der kommunistische Antrag auf Verdoppelung der Unterstützungssätze für Reichstagsbeamte und nichtbeamtete Kräfte.
Angenommen wird ein Ausschusshantrag, die Summe zur Unterstützung der nichtbeamteten Kräfte von 160 000 auf 200 000 Mark zu erhöhen.
Der Gesetzentwurf betreffend die
Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1922
wird debattelos angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über
die Ausprägung von Ersatzmünzen
im Nennbetrage von 1, 2, 3 und 5 Mark. Dagegen wird der Gesetzentwurf über die Bekämpfung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten und der über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.
Darauf vertagt sich der Reichstag auf Sonnabend, 1 Uhr.
Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Entschädigung von Schöffen und Geschworenen, Abstimmungen aus den Staatsberatungen.
Schluß: 1/6 Uhr.

Wohnungsfragen im Preussischen Landtag

Sitzung vom Freitag, den 26. Mai.
Der Gesetzentwurf betreffend den Bau eines Dampfkräftwerkes bei Hannover und Gründung einer Aktiengesellschaft Groß-Kraftwerk Hannover wird in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.
Unsere Fraktion hat in der Schlussabstimmung für den Gesetzentwurf gestimmt, obwohl die von den Koalitionsparteien in zweiter Lesung angenommenen Anträge, die neben Reich, Staat und Kommunen auch die Beteiligung anderer Unternehmungen zulassen, eine Verschlechterung des Regierungsentwurfes bedeuten. Unsere Fraktion hat noch in der zweiten Lesung durch Stellung von Anträgen das Privatkapital auszuschalten versucht. Die Anträge der USP wurden abgelehnt. Es handelte sich nun um die Frage, daß durch Ablehnung des Entwurfes dem Privatkapital unbedingte Herrschaft über die Stromversorgung in die Hände gelieft und ein Monopol übertragen worden wäre, wodurch die Verbraucher der vollkommenen Billigkeit der Stromerzeugung beraubt wären. Die Fraktion der USP hat deshalb das kleinere Übel gewählt und für den Gesetzentwurf gestimmt.
Es folgt die zweite Beratung
des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt.

Genosse Voelz-Magdeburg:

Der Bau von Kleinwohnungen muß gefördert werden. Wir haben einen Antrag eingebracht, der für den Bau von Kleinwohnungen in Mitteldeutschland 600 Millionen verlangt. Dieser Antrag ist bereits im Ausschuss von fast allen Parteien, auch den Demokraten, abgelehnt worden. Später haben die Demokraten unseren Antrag als parteipolitischen Grund aufgenommen und als eigenen Antrag eingebracht.
Der Landrat des Kreises Merseburg konnte im April letzten, daß in Mitteldeutschland, namentlich in Merseburg 2100 Wohnungen fehlten.
Die Rente der unter 50 Prozent Erwerbsbeschränkten, die in Berufsvereinigungen versichert waren, muß erhöht werden. Die Höhe der Renten muß der Marktwertung angepasst werden.
Leute, die ein Auge verloren haben, bekommen heute noch 20 Mark. Die Erwerbslosenunterstützung wird von einigen Fraktionen als ein Übel bezeichnet. Sie ist Ende 1915 zum letzten Mal erhöht worden.
Genosse Voelz geht nunmehr auf die einzelnen Fälle des Wohnungsbedarfs ein. Besonders schildert er die Zustände in den Schlachtingenbaraden in Adlershof. Er vertritt als Gegenmaß dazu ein Interat, in dem ein Schlachting etwa 20 Zimmer und allem Komfort zum Kauf angeboten wird. Hunderttausende aber wissen nicht, wo sie ihr Heim hinfügen sollen. Genosse Voelz fordert zum Schluß noch ausreichende Unterstützung der Arbeitervereinigungen. (Beifall links.)
Abg. Allan (Komm.) bringt eine ganze Reihe von Einzelfällen über Wohnungsnot zur Sprache. — Abg. Dominicus (Dem.), unterstützt vom Abgeordneten Dehne, wendet sich gegen die von unserem Redner gemachten Vorwürfe.
Staatssekretär Schmidt: Soll in kleinen Orten und auf dem Lande gebaut werden, so muß das auf Kosten der Großstädte geschehen. Kann die Wohnungsfrage nicht gelöst werden, so ist an eine Gesundung unseres Volkes nicht zu denken.

Genosse Voelz-Magdeburg:

Der Bau von Kleinwohnungen muß gefördert werden. Wir haben einen Antrag eingebracht, der für den Bau von Kleinwohnungen in Mitteldeutschland 600 Millionen verlangt. Dieser Antrag ist bereits im Ausschuss von fast allen Parteien, auch den Demokraten, abgelehnt worden. Später haben die Demokraten unseren Antrag als parteipolitischen Grund aufgenommen und als eigenen Antrag eingebracht.
Der Landrat des Kreises Merseburg konnte im April letzten, daß in Mitteldeutschland, namentlich in Merseburg 2100 Wohnungen fehlten.
Die Rente der unter 50 Prozent Erwerbsbeschränkten, die in Berufsvereinigungen versichert waren, muß erhöht werden. Die Höhe der Renten muß der Marktwertung angepasst werden.
Leute, die ein Auge verloren haben, bekommen heute noch 20 Mark. Die Erwerbslosenunterstützung wird von einigen Fraktionen als ein Übel bezeichnet. Sie ist Ende 1915 zum letzten Mal erhöht worden.
Genosse Voelz geht nunmehr auf die einzelnen Fälle des Wohnungsbedarfs ein. Besonders schildert er die Zustände in den Schlachtingenbaraden in Adlershof. Er vertritt als Gegenmaß dazu ein Interat, in dem ein Schlachting etwa 20 Zimmer und allem Komfort zum Kauf angeboten wird. Hunderttausende aber wissen nicht, wo sie ihr Heim hinfügen sollen. Genosse Voelz fordert zum Schluß noch ausreichende Unterstützung der Arbeitervereinigungen. (Beifall links.)
Abg. Allan (Komm.) bringt eine ganze Reihe von Einzelfällen über Wohnungsnot zur Sprache. — Abg. Dominicus (Dem.), unterstützt vom Abgeordneten Dehne, wendet sich gegen die von unserem Redner gemachten Vorwürfe.
Staatssekretär Schmidt: Soll in kleinen Orten und auf dem Lande gebaut werden, so muß das auf Kosten der Großstädte geschehen. Kann die Wohnungsfrage nicht gelöst werden, so ist an eine Gesundung unseres Volkes nicht zu denken.

Genosse Voelz-Berlin:

Wir fordern eine Wohnungsreform, die den Schutz der Mieter vor der Ausbeutung durch die Hausbesitzer zum Ziele hat. Wenn das Ministerium diesen Weg beschreitet, wird es uns an seiner Seite finden. Herr Padenborf ist der Vertrauensmann der Hausbesitzer. Er fordert die freie Wohnungswirtschaft und möchte die Zuschüsse, die der Staat gibt, den Hausbesitzern auch noch in die Hände spielen. Wenn das Wirkliche werden sollte, gibt es in Berlin und in anderen Großstädten Nord und Ostpreußen. Die Mieten würden eine Höhe erreichen, die die breiten Massen nicht ertragen könnten. Entschieden muß ich dem Staatssekretär Scheidt entgegenzutreten, der forderte, daß die Mittel zum Wohnungsbau auf dem Lande von den Städten aufgebracht werden müssen. Die Bauverwaltung muß in Berlin eine kommunale Polizei werden. (Beifall links.)
Damit schließt die Aussprache für das Wohnungsweien.
— Der Gesetzentwurf betr. Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Arbeitgeberdarlehen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Bei der Aussprache über Jugendwohlfahrt, allgemeine Fürsorge, staatliche Erziehungsanstalten und Frauenreferate wendet sich Frau Köhl (Soz.) gegen die Reglementierung der Prostitution und fordert Ausbau der Jugendwohlfahrt. Die Erwerbslosenunterstützung muß erhöht werden.
Rummehr vertagt sich das Haus auf Sonnabend, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr.

Nachhall der Rede Lloyd Georges in Paris

Paris, 26. Mai.
Zur Rede Lloyd Georges erklärt der „Temps“, wenn Lloyd George mit seiner Bemerkung, daß er bereit sei, mit der französischen Demokratie zusammen zu arbeiten, verschiebe, daß er zur Mitarbeit mit dem demokratischen Land Frankreich bereit sei, so könne man ihn dazu nur beglückwünschen. Wenn er aber habe sagen wollen, daß er nur mit gewissen französischen Parteien arbeiten werde unter dem Vorwand, daß diese allein demokratische Parteien seien, so müsse ihm gesagt werden, daß Frankreich niemand einen Eingriff in seine innere Politik gestatte.
„Journal des Debats“ schreibt, der englische Premierminister habe die Welt nicht zum Zittern gebracht, im Gegenteil, er habe sich in der Abwehr gehalten. Die Rede Lloyd Georges enthalte nicht ein einziges neues Moment. In kaum veränderter Form wiederholte er viele wenig zusammenhängende Behauptungen, die man auch früher schon gehört habe. Mit kurzen Worten habe der Premierminister erklärt, die Genuefer Konferenz sei eine große Sache gewesen. 1914 wäre der Krieg nicht ausgebrochen, wenn man damals eine ähnliche Konferenz abgehalten hätte; man dürfe Deutschland und Russland nicht zur Verzweiflung treiben; die Sowjets verträten wirklich Russland, und man müsse ihnen gegenüber die Politik Pitts gegenüber der französischen Revolution treiben; In Vorführung dieses Jahres seien die bewaffneten Völker gegeneinander auf dem Marsch gewesen; die Genuefer Konferenz habe ihren Schritt aufgehoben; die Haager Konferenz solle ihnen vollends Einhalt gebieten und über das Festland gehe ein Frühlingshaus. Leider, fährt das Blatt fort, habe der Frühlingshaus Lloyd Georges dem brennenden Sirocco, der im Monat Mai den Boden austrocknet und dennoch die Verwüstungen der von der vorzeitigen Schneeschmelze geschwollenen Bergströme nach sich ziehe. Jeder Punkt in dem Gedankengang Lloyd Georges beruhe auf einem Irrtum in der Sache oder im Urteil. Lloyd George, schließt das Blatt, habe sich vorbehalten, in der nächsten Woche von den englisch-französischen Beziehungen zu sprechen. Schon gestern aber habe er die Erklärung für nötig gehalten, daß er „mit der französischen Demokratie zusammenarbeiten“ wolle. Es solle heute nicht untersucht werden, ob er unangefochtenemmaßen mit diesem Ausdruck einen Strich zwischen sich und der französischen Regierung habe ziehen wollen. Aber das Blatt zählt darauf, daß in der Kammer kein Wort fallen werde, das als Vorwand dienen könne, die französische Politik anzuschuldigen.

„Liberté“ schreibt, vom europäischen Standpunkt sei zu befürchten, daß diese Rede die Regelung vom 31. Mai nicht erleichtere, daß sie vielmehr Deutschland in seinem Widerstand durch die Hoffnung auf Englands Eingreifen ermutige. Lloyd George habe von den englisch-französischen Beziehungen in warmen, aber unbestimmten Ausdrücken gesprochen.

Englische Pressestimmen

London, 26. Mai. Zur Rede Lloyd Georges im Unterhaus schreibt die „Times“, sie ziehe, daß die Konferenz von Genua ein Scheitern war. Lloyd George habe eine befriedigende Erklärung abgegeben, daß das Zusammenwirken mit Frankreich eine der Säulen des europäischen Friedens ist. Daily Mail drückt große Befriedigung darüber aus, daß seitens Lloyd Georges keine Drohungen gegen Frankreich vorgetragen wurden.
Daily Herald schreibt: Die Solidarität mit Frankreich war das Hauptthema der verhältnismäßig guten Rede Lloyd Georges, die Solidarität mit einer Regierung, die Genua zum Scheitern brachte und auch die Haager Konferenz zum Scheitern bringen wird, die Solidarität mit einer Regierung, deren Reparationspolitik eine Bedrohung des Friedens war und bleibt, und ein Hindernis für den Wiederaufbau Europas. Wir wissen jetzt, wo Lloyd George steht. Er steht jederzeit dort, wo Poincaré ihm zu stehen beliebt. Europa wird keinen Frieden finden, bevor Großbritannien einen Premierminister hat, der sich nicht vor Poincaré fürchtet.

„Westminster Gazette“ überschreibt ihren Artikel mit den Worten „Kaukasus als Friedensbringer“ und sagt, der deutsch-russische Vertrag sei das einzige, was aus Genua hervorgegangen sei. Dieser Vertrag werde vielleicht die Geschichte Europas ändern. Die Konferenz habe indessen nichts getan, um seinen Bedingungen entgegenzutreten. Zum Schluß wie zum Beginn der Konferenz waren Deutschland und Russland Varias der Konferenz.

„Daily News“ schreibt, die acirigen Äußerungen Lloyd Georges erwiderten im Veraleich zu seinen früheren fast farblos. Lloyd George habe in Genua während der ganzen Zeit eine verlorene Schlacht gekämpft. Die Konferenz müsse schlicht schlagen, und zwar deshalb, weil die vitale Frage der Reparationen von der Konferenz ausgeschlossen war.

„Daily Chronicle“ schreibt, Lloyd George habe mit Recht Russland in den Vordergrund seiner Erörterungen gestellt. Russland sei der Schlüssel zum Frieden.

„Die Seele der Partei ist tot...“

Ein Volkswort über die KPD.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen Auszug aus einem Briefe des Vertreters des Finanzkommissariats in Sowjetrußland, Sokolnikow, den dieser an einen Sowjetvertreter im Auslande sandte. Der Brief ist in der Zeitung „La Swoboda“ abgedruckt. Es heißt in dem Schreiben u. a.:

„Soeben ist der 11. Kongreß der kommunistischen Partei mit seinem sinnlosen Lärm und unend-

lichen Geschwätz zu Ende. Der Kongreß läßt sich mit den Worten charakterisieren, daß der „Berg eine Maus gebar“. Nichts Neues auf ihm, es sind immer dieselben Probleme, dieselben unsehbaren Wahrheiten, die vom Katheder herab verflücht werden, in der Praxis bleibt aber alles beim Alten. Die Seele der Partei ist tot, alles verwandelt sich in eine Anelei, in welcher alles getan wird, um den Perlonen zu gefallen, von denen die Lebensmittelfraktionen usw. abhängen. Stumpfe apathische Menschen hören und sprechen mechanisch und stimmen gleichgültig jeder Resolution zu, wenn sie nur von jemandem eingebracht ist, der Einfluß innerhalb der Regierung besitzt. Selbst die Reden Lenins drangen nicht ins Bewußtsein der Zuhörer, weckten und interessierten sie nicht.

Für uns alte Parteimitglieder ist es klar, daß die früheren Stimmungen und der frühere Glaube nicht mehr vorhanden sind und nur noch die Gewohnheit und Fähigkeit geblieben ist, den Befehlen der obersten Parteigänge zu gehorchen, aber nicht aus Interesse für die Partei, sondern weil Ungehorsam für jeden sehr unangenehme Folgen haben kann.“

Diese Charakteristik der Zustände in Sowjetrußland im allgemeinen und in der kommunistischen Partei Rußlands im besonderen entspricht durchaus dem, was bereits Rosa Luxemburg in ihrer geistvollen Schrift über die russische Revolution als notwendige Folge der bolschewistischen Doktrin vorausgesehen hat.

Die Munitionsexplosion bei Wien

Bis jetzt über 20 Tote, 200 Verletzte. — Milliarden Sachschaden.

Die Wiener Zeitungen bringen einsehende Schilderungen über die gewaltige und folgenschwere Explosionskatastrophe in Wiener Neustadt. Danach ist das Unglück das größte, das jemals in den staatlichen Munitionswerken die übrigen jetzt der Entente angehört Österreichs da gewesen ist. Es richtete fürchterliche Verheerungen an. Mehrere wurden 20 Tote festgestellt. Die Zahl der Verletzten wird auf 200 geschätzt. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Frauen und Mädchen. Dreißig lebensgefährliche Verletzte wurden von den Rettungsmannschaften geborgen. Viele Verletzungen entstanden durch herumliegende Metallstücke, andere durch Mauerstücke. Vieles Schicksal traf auch die Blumauer Feuerwerke, die samt ihren Geräten verheert wurde. Vier Feuerwehrlöcher wurden schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen. Die Rankenhäuser von Wiener Neustadt sind umgeben und überfüllt, so daß Hilfszüge erbeten werden mußten, um zahlreiche Verwundete nach Wien zu schaffen. Die Bewohner der Ortschaft Blumau, die fast gänzlich zerstört ist, mußten den Ort räumen, ohne auch nur die notwendigen Lebensbedürfnisse mitnehmen zu können. Besonders verhängnisvoll war bei dem Unglück, daß die Arbeit erst um 3 Uhr nachmittags schloß und die Explosion sich 10 Minuten vor Arbeitsbeginn ereignete. Die Ursache soll die Zündung einer Maschine sein.

Die endgültige Feststellung der Todesopfer wird erst nach Austräumen des Trümmerfeldes möglich sein. Der größte richtige Schaden wird auf viele Milliarden geschätzt.

Ende des Metallarbeiterstreiks

Stuttgart, 26. Mai

Nach den bisher vorliegenden Abstimmungsergebnissen sind die Einigungsbedingungen im Metallarbeiterstreik angenommen worden. Die Arbeit wird demnach am Montag, den 29. Mai wieder aufgenommen werden.

Serbisch-italienischer Grenzkrieg

E. P. Belgrad, 26. Mai.

Die Belgrader Blätter berichten über blutige Zwischenfälle an der italienisch-südslawischen Grenze, nördlich von Fiume: Am Mittwoch wollte eine Gruppe italienischer Infanterie die serbische Grenze bei Castav überschreiten, wurde aber von dem serbischen Grenzposten zurückgewiesen. Einwo zwei Stunden später erschienen zwei Kompanien italienischer Infanterie an der gleichen Stelle und eröffneten das Feuer auf den serbischen Posten. Dieser zog sich um einige hundert Meter zurück, wobei die Italiener mit ansehnlichem Besondere folgten. Inzwischen waren die serbischen Nachbarposten alarmiert, die zur Unterstützung herbeieilten. Durch Besondereangriffe wurden die Italiener über die Grenze zurückgedrängt und ließen auf serbischem Gebiet fünf Tote und mehrere Verwundete zurück.

Stinnes muß Pfunde zahlen

(Reuter.) London, 26. Mai.

Der deutsch-englische Schiedsgerichtshof behandelte den Fall des Bergwerksingenieurs Arnold Lupton, der gegen Hugo Stinnes eine Forderung von 2000 Pfund Sterling nebst 5 Prozent Zinsen vom Oktober 1918 aus der Vermittlung der Pachtung eines Kohlenfeldes in Nottinghamshire für Stinnes erhoben hatte. Durch einen Brief vom Juni 1918 hatte Stinnes Lupton 2000 Pfund Sterling für den Fall zugesagt, daß er das Geschäft vermitteln sollte. Der Gerichtshof fand, daß Lupton mit Erfolg als Vermittler in der Pachtangelegenheit tätig gewesen sei, die zu der Bildung der Vereinigten Nördlichen Bergwerksgesellschaft durch Stinnes geführt habe und sprach Lupton 2000 Pfund Sterling nebst den geforderten Zinsen sowie Ersatz der Kosten in Höhe von 50 Pfund Sterling zu.

Erklärung. Die „Freiheit“ brachte am 2. Januar 1920 mit der Ueberschrift „Sonnenfeld und Scheidemann“ einen Artikel, in dem sich Angriffe gegen Herrn Heinrich Klarz befanden. Unser damaliger verantwortlicher Redakteur, Genosse Alfred Wielepp hat die Uebergangung erlangt, daß sich diese Angriffe nicht aufrechterhalten lassen.

M. SCHULMEISTER
Kottbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-4000
Herrenschlupfer M. 1450-3000
Sport-Anzüge — Breeches

Ein weiterer Fall betraf den Lokomotivführer Tilla d. Unter Eid wurde von allen Anwesenden festgestellt, daß T. niemals daran gedacht hat, in irgendeiner Form seine Dienstpflichten zu verletzen. Er hat lediglich 14 Tage vor dem Streik geschwändelt, erwidert, daß es bedauerlich sein würde, wenn der Streik ausbräche, und daß — um Schäden zu verhüten — er seinen Dienstverpflichtungen wie den vorgesehene Amtsvorgänge bitten würde, für diesen Fall die Streikleitung in die Hände des Dienstverpflichteten hineinzubringen, um durch die Streikleitung Anordnungen an den Lokomotivführer wie auch etwaige Sabotageakte verhindern zu können. Die Beweisaufnahme ergab andererseits einwandfrei, daß gerade T. in keiner Weise gegen seine Dienstverpflichtungen verstoßen hat, sondern sogar Anstoß zur Klage der streikenden Beamten gab. Weil aber Tilla d. nicht genug war, auf die mehrfach an ihn gestellten Zugestufungen des Herrn Wimmer, ob er ein Anhänger des Streiks war, nach mehrfachen Hin und Her bejahend zu antworten, klapperte die Justizmühle auch bei ihm, indem sie ihn zur Dienstleistung verurteilte. Feststeht, daß die Potsdamer Disziplinarkammer in keinem Falle auf Verwarnung, Verweis, Geldstrafe oder Verweisung erkennen, sondern lediglich auf Dienstentlassung ihren Spruch einstellt.

Der dritte Fall betraf den Eisenbahnassistenten Quade. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Baun, stellt zu Anfang des Prozesses sofort den Beweisanspruch, daß, wenn die Beamenschaft glauben mußte, das Streikrecht zu haben, zunächst einmal darauf hingewiesen werden müsse, daß die Reichsgewerkschaft seinerzeit angehörnden höheren Beamten mit juristischer Vorbildung diesen Streikparagrafen in die Satzungen sowohl wie auch in das Programm der Reichsgewerkschaft hineingebracht haben; daß die Satzungen endlich durch das Amtsgericht Berlin-Schöneberg wie auch den Berliner Polizeipräsidenten als nicht anstößig genehmigt wurden. Diese beiden höheren Beamten sind es gewesen, die auf Grund ihrer juristischen Vorbildung der Beamenschaft ganz klar machten, daß sie das Streikrecht besäßen. Nachdem die Masse der Beamenschaft mit dem Drohmittel des Streikrechts für die höheren Beamten wesentliche Aufbesserungen erzielt hat, drehen die höheren Beamten den Spieß um und klagen die unteren an, weil sie das Mittel des Streiks anwenden. Einer der Wortführer dieser höheren Beamten, die seinerzeit durch Wort und Tat das Streikrecht der Beamten glaubig bejahen zu können, ist der an der Potsdamer Disziplinarkammer amtierende Staatsanwalt von Schaeven. Rechtsanwalt Baun beantragt deshalb, Herrn von Schaeven sofort unter Eid darüber zu vernehmen, daß, wenn ein Beamter, der im guten Glauben gehandelt hat, auf die Anklagebande gehört, dann auch der amtierende Staatsanwalt von Schaeven dahin gehöre. Tableau! Diesen Argumenten konnte sich selbst die deutschnationale Disziplinarkammer nicht verschließen. Sie mußte den Prozeß verurteilen.

Die in Frage kommende Beamenschaft ist nicht willens, sich noch länger diesen Justizskandal anzusehen. Reichsjustizminister Madbrück sollte zur Beobachtung dieser Tatsachen einen Beauftragten für die folgenden Sitzungen der Disziplinarkammer nach Potsdam entsenden, damit auch festgestellt werden kann, daß der oben gekennzeichnete deutschnationale Präsident fortgesetzt Zugestufungen stellt. Auch die Reichstagsabgeordneten haben die Pflicht, sich einmal nach Potsdam zu begeben. Auch den Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitervertretern ist es zu empfehlen, sich recht zahlreich an Gerichtsstelle einzufinden, damit dieser Kammer der Unmille der Republikaner einmal gründlich an Gehör gebracht wird.

Der Steffiner Volksbote gegen die Koalition

Der rechtssozialistische „Steffiner Volksbote“ urteilt über das Zusammengehen seiner Partei mit den Bürgerlichen wie folgt:

„Die Koalitionspolitik ist aus den Zeitverhältnissen heraus geboren worden und jeder Sozialdemokrat hat sich damit abgefunden. Die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie erfolgte ja auch nicht aus Liebe zur Koalition, also aus Liebe zu den bürgerlichen Parteien, sondern aus der Sorge um das Wohl und Wehe des arbeitenden Volkes. Dabei besteht nur die eine Meinungsverständlichkeit, ob die Interessen des arbeitenden Volkes dann wirklich noch gefördert werden können, wenn der härteste wirtschaftliche Gegner — die Anhänger der Volkspartei — mit in der Koalition sitzt und das Stärkerere

halmis in der Regierung die sozialdemokratischen Minister in entscheidenden Fragen zur bedeutungslosen Minderheit herabdrückt. Das ist in Preußen der Fall und deshalb waren und bleiben wir Gegner der heutigen Koalition in Preußen.“

Eine Ablehnung ist das wohl, aber eine recht inkonsequente. Die deutsche Volkspartei im Reich ist doch nichts anderes als die in Preußen oder gar in Braunschweig. Wenn dem so ist, wie der „Steffiner Volksbote“ schreibt, warum denn die Görlicher Beschlüsse? Statt überall einen entscheidenden Trennungsschnitt zwischen sich und der politischen Vertretung der Kapitalisten, der Deutschen Volkspartei, zu ziehen, umwerben die Rechtssozialisten sie und wundern sich nachher über die Beschleibälge, die dem Teufelmechel entspringen.

Spotten ihrer selbst...

In der „Deutschen Zeitung“, dem Hauptorgan der deutschen Schwerindustrie, wendet sich der Oberfinanzrat Dr. Bang gegen die „Angelegenheit an Weltmarktpreise“. Das wäre an sich ein lobenswertes Unternehmen. Auch wir haben fortgesetzt auf die verwerflichen Folgen der Angleichung hingewiesen. Die Preise der Waren steigen weit schneller als die Löhne. Die Leistung zwingt die Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden zur Erhöhung der Gehälter der von ihnen beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten und bewirkt außerdem eine gewaltige Vermehrung der sonstigen Ausgaben. Da die Staats- und Kommunalsteuern durchwegs nicht in demselben Maße sich steigern, mußte zur Deckung der Mehrausgaben immer erneut zum Druck neuen Papiergeldes gegriffen werden. Vermehrt Papiergeldausgabe senkt dessen Kaufkraft weiter. Der Kreislauf von Teuerung und Ausgabensteigerung beginnt von neuem.

Wenn der Herr Oberfinanzrat Bang das ins Auge gefaßt hätte, wäre ihm zugestimmt. Aber er verfährt anders. Ihm ist die Erfüllungspolitik ein Dorn im Auge. Er macht daher die Erfüllungspolitik für alles Unglück verantwortlich. Sicher ist, daß die Notwendigkeit der Erfüllungspolitik Teuerung und Notlage der auf Arbeitseinkommen angewiesenen Bevölkerungskreise noch verschärft hat. Die Deutschland ausgesetzte Verpfichtung, in Gold oder Dollardollars zu zahlen, hat bei dem Mangel an Gold in Deutschland die Nachfrage nach Dollardollars so sehr gesteigert, daß diese Papiere weit teurer bezahlt werden mußten, als es der durch den gesteigerten Notendruck herbeigeführten Geldentwertung entspricht. Die wüste Spekulation in Devisen, die sich zum guten Teil auf die patriotische Annahme gründete, die deutsche Regierung werde in ihrer Notlage bei der Ausrückung der Devisen für Reparationszahlungen den Devisenbesitzern jeden Preis zahlen müssen, hat den Dollarkurs weiter gesteigert. Diese Spekulationswut hat also das Volk mit einer weiteren Preissteigerung zu büßen. Denn selbstverständlich bleibt der Devisenkurs, der die Preise der dem Ausland notwendigen zu beziehenden Waren bestimmt, auch nicht ohne preissteigernde Wirkung auf die im Inlande erzeugten Waren. Diese aber führt wieder zu vermehrter Notendruckausgabe, und damit zur weiteren Verschleimung der Warenpreissteigerung. Aus all dem geht hervor, daß es die kapitalistische Wirtschaftsorganisation ist, die die Not des Volkes so ungeheuer verschärft hat. Was aber macht der Herr Oberfinanzrat daraus? Hier eine Probe:

Ganz abgesehen von der unmittelbaren Verarmung und Ausblutung durch die Erfüllung: Devisenablieferung und Zollausgaben hindern die Einfuhr lebensnotwendiger Rohstoffe, Aushub- und Bergbauarbeiten und eine marxistische Ausschufelung derringieren (schrittweise unsere Abfall. Eine marxistische, auf Entgelting abgestellte Steuer- und Tarifpolitik, Lohnsenkungen ohne Gegenleistung, ein marxistisches produktionshemmendes Arbeitsrecht, das aus demokratischem Hoß gegen die Qualitätsarbeit der Kopf- und Handarbeiter den höchsten und dümmsten den Lüglichen und Fleißigsten gleichwertig ist, haben die Erzeugungskosten bereits so erhöht und steigern sie fortgesetzt weiter, daß die Möglichkeit der Weiterarbeit in diesen Fällen schon in Frage steht. Zum Teil gehen infolge dessen die deutschen Preise bereits über die Weltmarktpreise hinaus.“

Es ist richtig, die Inlandpreise gehen zum Teil bereits über die Weltmarktpreise hinaus. Aber nicht infolge einer „marxistischen Schuldnerwirtschaft“, wie es an einer anderen Stelle des Artikels des Herrn Oberfinanzrats Bang heißt, sondern weil die Einfuhr nach Kräften zurückgehalten werden muß, da Deutschlands Handelsbilanz ohnehin fast passiv ist und den überschüssigen Einfuhrüberschuss

nicht mit Gold, sondern nur mit Papier zahlen kann. Jede Vermehrung deutschen Papiergeldes im Ausland muß aber naturgemäß wendigt auch Geldentwertung im Gefolge haben. Was aber war der Zweck der Uebung des Herrn Oberfinanzrats? Aus folgenden wenigen Sätzen ist es zu ersehen.

Es hat niemals eine kaltherzigere erbarmungslosere, hasserfülltere Politik gegeben als die, die bei uns mit schönen sozialistischen Redensarten unter dem Deckmantel der Demokratie und unter dem brillierenden Beifall der arbeitenden Massen gemacht wird. Sie wird gemacht, weil wir — als einziges Volk der Erde, einschließlich Rußlands! — „international“ geführt werden, weil Deutschland politisch und wirtschaftlich nicht mehr als Nationalstaat regiert, sondern als Dünker und Mistbeet einer niemals vorhandenen und niemals wirklich werdenden Völkernationale behandelt wird.“

In demagogischer Weise soll damit der Eindruck erweckt werden, die gegenwärtige Regierungsform sei an allem schuld. Wir haben keinen Anlaß, die Sünden der diversen republikanischen Regierungen zu bedenken. Vom „brillierenden Beifall der arbeitenden Massen“ kann mithin absolut keine Rede sein. Wir haben die Fehler dem gegenwärtigen Regime unzähligmal rüchlos aufgedeckt. Sowohl seine anfängliche Widerborstigkeit gegen die Erfüllungspolitik als seine rigorose Aufbahrung der Erfüllungspolitik auf die Schultern der Beschäftigten sind seine lächerlichen Schandmale. Was aber Herr Oberfinanzrat an Bitterkeiten fabriziert, entspringt dem blindwütigen Haß gegenüber denen, die gegen die Wiederherstellung des alten preußisch-deutschen Regimes zu allem entschlossen auf der Wacht stehen. Das alte Regime ist schuld an dem gegenwärtigen Elend. Es hat den Krieg durch Sanktionierung des österreichischen Ultimatus an Serbien zum Ausbruch gebracht. Es hat jede vernünftige Friedenssuche verabsäumt und dadurch den völligen Völkermord Mitteleuropas herbeigeführt. Das werden die weltweiten Kreise der Bevölkerung nie vergessen. Vor allem aber werden sie dem demagogischen Treiben der Kreise, zu deren nächstem Ergehen der Herr Oberfinanzrat schied, allezeit scharf auf die Finger sehen und ihre Anschläge abzuwehren wissen.

Beamtenauswahlgewahlen bei der Post

Am 28. und 29. Mai 1922 finden bei der Reichspostverwaltung die Neuwahlen zu den Beamtenauswahlgewahlen statt. Die Besuanisse und Pflichten derselben werden durch das Amtsblatt Nr. 15 vom 24. April 1922 geregelt, welches eine Erneuerung des Amtsblattes Nr. 35 vom Jahre 1921 bedeutet und seinerzeit von der gesamten Postbeamenschaft mit schärfstem Protest abgelehnt wurde.

Auch diesmal wurde von der Berliner Postbeamenschaft eine Beteiligung an der Neuwahl zu den Beamtenauswahlgewahlen abgelehnt und tätige Wahlenthaltung beschlossen. Der Beamtenrat vom 11. V. M. versuchte mit den sachlichen Gründen eine Neuwahl zu empfehlen, fand aber in Berlin keine Gegenliebe; es wurde ihm vielmehr das schärfste Mißtrauen ausgesprochen.

Durch das Postnachrichtenblatt Nr. 41 sind dann einige Paragrafen geändert und soll es somit im übrigen bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben.

Die bestehende Opposition war nun plötzlich für Wahlbeteiligung zu haben. Am 28. und 29. Mai 1922 sind dann einige Paragrafen geändert und soll es somit im übrigen bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben. Die bestehende Opposition war nun plötzlich für Wahlbeteiligung zu haben. Am 28. und 29. Mai 1922 sind dann einige Paragrafen geändert und soll es somit im übrigen bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben. Die bestehende Opposition war nun plötzlich für Wahlbeteiligung zu haben. Am 28. und 29. Mai 1922 sind dann einige Paragrafen geändert und soll es somit im übrigen bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben.

Darum: „Postbeamte am 28. und 29. Mai 1922 Stimme enthaltung!“

Korolenko über den bolschewistischen Terror

In der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Nakanune“ vom 21. Mai veröffentlicht Maxim Gorki einige Briefe, die er in den Jahren 1920, 1921 vom kriegsverkörbten berühmten russischen Schriftsteller Korolenko erhalten hatte.

In allen drei Briefen beschäftigt sich der greise Schriftsteller mit den Opfern des Terrors. So bittet er in dem Brief vom 10. November 1920 Maxim Gorki nötige Schritte bei den Behörden zu machen, um die Befreiung eines 70jährigen Greises, des Bürgermeisters der Stadt Sotchi im Nordkaukasus durchzusetzen, der als „politisch unzuverlässig“ verhaftet wurde. Im folgenden Briefe vom 28. März 1921 teilt er Gorki mit, daß der Stelzengänger schon akkordiert sei, während man ihn ohne weiteres vom Kaukasus nach Archangels deportierte. „Mebrigens“, schreibt Korolenko, die administrative Willkür herrscht bei uns jetzt inklusive Erschießungen ohne Gericht“. Weiter erzählt Korolenko, daß er über dieses System ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Außerordentlichen Kommission“ hatte. „Ich sagte ihm die ganze Wahrheit, das heißt, daß wenn seinerzeit die zaristischen Gendarmen das Recht hätten und ohne Gericht nicht nur zu deportieren, sondern auch niederzuschleichen, so würde es etwas dem jetzigen System Ähnliches sein. — Aber Vladimir Dalatrowski, erwiderte er, alles das geschieht zum Wohle des Volkes. — Ich drückte ihm die größten Zweifel aus, daß auch solche Mittel dem Wohle des Volkes dienen könnten.“ Im letzten Briefe endlich — vom 29. Juni desselben Jahres — beschäftigt sich Korolenko mit der jetzt so aktuellen Frage der Verfolgungen der russischen Sozialisten.

„Ich will Ihnen über meinen Schmerz schreiben: Meine jüngere Tochter Katschka war mit einem braven Mann, Konstantin Plachowitsch, verheiratet. In Wlawa war er sehr beliebt, besonders unter den Arbeitern, die ihn noch seit der Revolution von 1905 kennen. Ein alter Revolutionär, wurde er in den Jahren der Reaktion gezwungen, Rußland zu verlassen und studierte in Tulusa. Dann kehrte er hierher zurück. Während der deutschen Okkupation war er von neuem verfolgt und nach Brech-Biwost verbannt. Nach der deutschen Revolution bekam er Freiheit, kam nach Wlawa und wurde von den Arbeitern in den Sowjet gewählt. Aber jetzt, wie bekannt, herrscht die Diktatur des Proletariats“, die bedeuten soll, daß die Gewählten des Proletariats blind der Diktatur der kommunistischen Partei folgen müssen.

Plachowitsch aber war niemals ein „gehöriges Kalb“ und nicht selten sagte er den Behörden die derbe Wahrheit, das heißt, das, was er eigentlich von den Proletariern gewollt wurde. Er war Sozialdemokrat-Menschenwill, predigte das selbe, was jetzt Lenin in seinen Dekreten schreibt. Natürlich wurde er verhaftet. Ich habe den Vorsitzenden der Tscheka gesagt, daß Plachowitsch herkrank sei, daß der Topfus für ihn den sicheren Tod bedeute und das Gefängnis sei vom Topfus verflucht. Das, was ich voraussetzte, verwirklichte sich. Er wurde krank und am 17. März trugen sie ihn auf den Friedhof. Ich frage, warum sollte dieser brave Mann und aufrichtige Revolutionär sterben? Für die Propaganda der Ideen, zu denen jetzt der Bolschewismus selbst kommt (vielleicht zu spät kommt)? Die Geschichte wird später sagen, daß die bolschewistische Revolution den christlichen Revolutionären und Sozialisten gegenüber keine andere Mittel angewandt hatte, als die zaristische Reaktion — das heißt Gendarmen-Mittel.“

Wie bekannt, hat die bolschewistische Regierung Wladimir Korolenko nach seinem Tode als den nationalen Dichter gefeiert. Aber seine letzten Tage hat sie durch Tötung unseres Hosen, seines Schwieger Sohns Plachowitsch, getrübt. Wie mehrere andere Sozialisten, wie noch jüngst Krow, erlag Plachowitsch der russischen „trockenen Guillotine“ — dem Medizipous, der sicher keine Opfer in den verpesterten bolschewistischen Gefängnissen trifft.

Die Lage des berühmten russischen Schriftstellers über die Ausrottung der russischen Sozialisten muß bekannt werden, noch dazu heute, wo ein Karl Radek es wagen darf, in der „Roten Fahne“ laute Worte über „angebliche Verden der russischen Menschenwürde“ zu machen.

Die Gestalt Gauguins

In einem Aufsatz in der Zeitschrift für bildende Kunst bringt Kurt Badt eine klarumrissene Darstellung des großen Spät-Impressionisten, des Malers der Bretagne und Tahiti. Durch ein seltnes Kombinationsvermögen zeichnet Badt das Wesen dieses Mannes an Hand von dessen eigenen Auszeichnungen und Aussprüchen. Und so vermag er es, uns diesen Führer, Bionier und Lehrer der jüngsten Generation außerordentlich nahe zu bringen. Die Idee Gauguins ist es ja, die auch uns erfüllt, die Idee, die sich gegen die innen längst verfallende, äußerlich unter der Maske der Zivilisation einherstreichende Gesellschaft richtet. „Zivilisiert?“ sagt Gauguin an einer Stelle, „ich leid hols, kein Menschenfleisch zu fressen und freit täglich eurem Nachbar Herz.“ — Wenn man die Frage nach dem Grunde der Außergewöhnlichkeit, die

Gauguins Leben kennzeichnet, aufwirft, so findet man seinen Haß gegen diese europäische Zivilisation als ein Hauptmoment. Bei seiner Flucht aus diesem schmutzigen Europa sucht Gauguin nicht Vorbilder künstlerischer Formen, sondern eine andere Lebensweise: „Die Zivilisation verläßt mich allmählich. Ich fange an einfach zu denken. Ich komme der Wahrheit nahe, der Natur.“ Das Ideal des Lebens für das Gauguin Europa aufgab.

Gauguin ist grundverschieden von dem dienenden Hilfsbereiten van Gogh, der einmal Prediger gewesen ist. Den Weg zur Freiheit durch Entsagung und Dienst kennt Gauguin wenig.

Für die Tatsache, der Gegaune in verständnislosen Erkaunen gegenüberstand, daß man in Paris seine frühesten Versuche zu kaufen anfang, zu einer Zeit, da er bereits die Reife der Reife erreicht gefunden hatte, hat Gauguin die ganze Ironie seines hellen kritischen Intellekts. „Die Dummheit der Sammler und des gebildeten Publikums“ ist eine ständige Redewendung bei ihm. So rechnet er denn auch mit dieser Stumpfheit und Dummheit: „Das Publikum gewöhnt sich zu sehr an Tabiti. Die Leute sind so dumm; wenn man ihnen Bilder mit neuen, scharfsterlichen Elementen zeigt, wird Tabiti verhandelt und enttäuscht werden.“ Er selbst will seine Bilder, die im Grunde nur für ihn und seinesgleichen gemacht sind, retten:

„Ich möchte nicht, daß mein Werk zu Menschen käme, die keine Liebe dazu haben.“

Kurt Badt schildert seinen Ruf nach Gauguin. Seine Wirkung für die moderne Kunst ist nicht zu übersehen, er hat fast alle ihre Mittel angelehnt, ist auf allen Wegen, die er schreitet, vorangegangen. Er hat in der Malerei die Tendenz zur dekorativen Linie, zur Betonung der Polosacke, zur Topfierung begründet; er hat in der Plastik die Vorbilder der „Regerplastik“ aufgearbeitet, er hat als erster den primitiven Holzchnitt auf „irgendwelchen Brettern“ gemacht und hat damit einer ganzen Künstlergeneration die Ausdrucksmittel in die Hand gegeben, mit denen sie ihre bedeutendsten Leistungen hervorgebracht hat. A. D.

Tagesnotizen.

Konrad Brunens „Batemers“ wird in der „Deutschen Zeitung“ in den Rammesfeldern zur Veröffentlichung kommen. „Nachstellungen“. Die Worte von Waffelschmid, die in der Galerie Dr. Goldschmidt — Dr. Wellerstein, Schöneberger Str. 10 — zu sehen sind, werden bis zum 15. Juni ausstellen. Die von der Galerie Ferdinand Weller veranstaltete Ausstellung „Christian Koblitz“ bleibt noch bis zum Freitag dieser Woche in der Kammersaalstraße 100/101. Am Montag, den 29. 5. 1922, wird in der Galerie eine Ausstellung von Theo van Doesburgs, Biber und Dales, stattfinden.

Proletariereltern! Am euren Kinder geht es bei den Elternbeiratswahlen am kommenden Sonntag. Jeder muß wählen! Werbt für die sozialistische Einheitsliste!

Groß-Berlin

Gott und der Krieg

Der Kampf, der von den „Christlich-Unpolitischen“ um die Befreiung der Elternbeiratswahlen gegen die weltliche Schule geführt wird, ist angeblich kein politischer. Er soll nur der Erhaltung der Religion in den Schulen dienen. Wie sehr aber der Kampf um die religiöse Schule ein politischer ist, vermag auch der unbefangene Leser aus folgenden Beispielen zu sehen.

In dem Buch „Die Tragödie Deutschlands“, das von einem höheren Militär geschrieben ist, finden wir unter dem Kapitel „Gott und der Krieg“ eine ganze Reihe von Zitaten, die uns mit erschreckender Deutlichkeit zeigen, wie das heutige Christen- alias Kirchentum nur ein Machtmittel in der Hand der herrschenden Klasse ist.

Wir entnehmen diesem Kapitel die folgenden bemerkenswerten Aussprüche bekannter Geistlicher:

Lie. Dr. Heinrich Scholz: „Die Ehrfurcht vor dem Leben ist größer in uns als die Furcht vor Verwicklung und Krieg. Ein Krieg, aus Ehrfurcht vor dem Leben geführt, aus überwindlicher Furcht vor Verwicklung, das ist es, was wir schließlich meinen, wenn wir, mit religiöser Betonung, von einem heiligen Kriege sprechen.“

Pfarrer G. Löber: „... ein Krieg, wie unser Krieg, ein Verteidigungskrieg, ist eine sittliche Pflicht und darum ein Gott wohlgefälliges Werk.“

Theologie-Professor Dr. Titus bekam sogar Anwendungen zum Hunnenum: „Wer als Christ bereit ist, für sein Vaterland nicht nur sein Leben hinzugeben, sondern, wenn es sein muß, zu töten oder die Brandfackel zu schwingen, kurz, zu tun, was seinem inneren Begehren fremd und zuwider ist, der steht nicht fern von der heiligen Liebe des Apostels... nicht fern dem Sinne des großen Dulders, der bereit war, die Sünden seines Volkes, wie aller Welt zu tragen und zu büßen.“

Den Gipfel widerlicher Heuchelei erklimmt schließlich der **Domprediger G. Tolzien**, der sich nicht auszupprechen scheut: „Unternehmungen sind gewiß lieblich, unchristlich. Sie sind genau so ungerecht wie der Mord. Gerade darum entsagen wir ihnen immer. Wir brauchen sie, wie wir ja auch noch Jesu eigenem Wort den Mord brauchen sollen. Das ist eben das Schöne, daß wir bei dem allen das Wort Jesu für uns haben.“

Schließlich verdient noch die Erklärung des Bundes freikirchlicher Prediger von Berlin und Umgebung, der hinter der Staatskirche militärisch-monarchistischer Couleur nicht zurückbleiben wollte, schlagend zu werden: „Die Mitglieder der evangelischen Freikirchen dienen in diesem Kriege wie alle andere Patrioten dem Kaiser und dem Reich. Sie stehen in werktätiger Liebe zu ihrem trueren Vaterland hinter niemand zurück. Ihre an Hand der Bibel und der Geschichte gewonnene Erkenntnis lehrt sie, daß blutige Völkerkriege eine Naturnotwendigkeit bis ans Ende der Weltzeit sind.“

Das ist nur eine kleine Blütenlese aus dem großen Auserwählter und pharisäerhafter Heuchelei der Kirche während des Krieges. Die Schule erzog unter dem Einfluß dieses Vorkommens die Proletarier zu Schlachtern, angeblich zur höheren Ehre Gottes, in Wahrheit aber zum Besten einer bevorrechteten Klasse und der Anarchie.

Dieselbe Kirche kämpft jetzt um ihre Existenz. Sie verliert ihren Einfluß in der Schule zu behalten, in der richtigen Erkenntnis, daß derjenige, der die Jugend hat, auch die Zukunft besitzt. Die Berliner Elternschaft darf am morgigen Sonntag deshalb nicht hinter den Hamburger Plektikern zurückbleiben, die bekanntlich in der bereits dort stattgefundenen Elternbeiratswahl zwei Drittel aller Stimmen auf die sozialistischen Listen verlegten.

Auf keinen Fall dürfen Arbeitereltern ihre Kinder dem ungeheuren Einfluß gleichgültig schmeichelnder Pfaffen ausliefern.

Woher stammt das städtische Defizit?

Su dem aufsehenerregenden Beschluß der Deputation der städtischen Güter, den gesamten Besitz auf 15 Jahre einem kapitalistischen Konsortium zu verpachten, wird uns mitgeteilt, daß der Magistrat zwar diesen Beschluß nicht gutgeheißt hat. Grundsätzlich soll von einer Verpachtung der gesamten Güter nicht die Rede sein. Von Fall zu Fall soll über die Verpachtung entschieden werden.

Nachdem die Rechtssozialisten der Verpachtung des Gutes Tassdorf ihre Stimme gegeben haben, muß leider damit gerechnet werden, daß, solange die Rechtssozialisten noch einen maßgebenden Einfluß im Berliner Rathaus ausüben, dieser „Fall der Verpachtung“ noch häufiger in die Erscheinung treten wird. Unsere Freunde haben seit jeher im Rathaus darauf hingewiesen, daß in der häßlichen Landwirtschaft vieles im Argen liegt. Wir konnten uns der Überzeugung nicht verschließen, daß seitens der Administratoren und der sonstigen höheren Beamten geradezu eine Sabotage der städtischen Verwaltung vorliegt. Man denke nur an die vielen unbegründeten Beschwerden über die ungeheuerlich hohen Steuern, die sich die Deputierten aufhängen, wie sie die Wagen und Reitpferde der Stadt strapazieren usw. Es war doch merkwürdig, daß zu einer Zeit, als die Landwirtschaft notorisch Geld scheffelte, die Berliner städtische Landwirtschaft noch Zuschüsse aus dem allgemeinen Mitteln der Steuerzahler erforderte.

In diesem Zusammenhang muß es außerordentlich merkwürdig erscheinen, daß der bisherige Administrator des Gutes Tassdorf, das bisher jährlich Zuschüsse erforderte, dem Magistrat zumute, ihm dieses Gut mit allem toten und lebenden Inventar pachtweise gegen eine jährliche Entschädigung von 6 Millionen Mark zu überlassen, die in die Stadtkasse fließen sollen.

Also bisher erforderten die häßlichen Güter Zuschüsse. Einer der Administratoren aber, die diese Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln verbrauchten, ist in der Lage, in prächtiger Ausnutzung des von ihm bisher bewirtschafteten Gutes Zuschüsse nicht nur sämtliche Unkosten zu decken, sondern, noch 6 Millionen Mark jährlich Pacht zu zahlen, nicht

mitgerechnet den Privatverdienst der Pächter, ohne den bekanntlich in der Privatwirtschaft kein Schornstein raucht.

Wir erkennen diese Täuschigkeit eines pflichttreuen häßlichen Beamten gerne an. Leider soll sich die Auswirkung dieser lobenswerten Eigenschaft nur auf die Zukunft erstrecken. Wir gestatten uns deshalb die unbescheidene Frage: Weshalb hat der Herr Administrator nicht schon vorher seine Täuschigkeit in den Dienst der städtischen Sache gestellt?

Die Antwort darauf kann nicht schwer sein.

Die Elternbeiratswahlen

Christlich-unpolitische Wahlvorstände in Reutkölln.

Die Errichtung weltlicher Schulen in Reutkölln hatte zur Folge, daß die organisierte Arbeiterschaft nur Vertreter in den weltlichen Schulen hatte, während die übrigen 34 von den Christlichen besetzt wurden. Da wir nun versuchen, in diese Schulen wieder hineinzukommen, werden große Schwierigkeiten zu überwinden sein. Die Christlichen beherrschen diese Schulen. Das zeigte sich sofort bei Befreiung der Wahlvorstände die fast restlos von den Christlichen besetzt wurden. Bei der Einreichung unserer Listen rückte sich die Richtigkeit unserer Listen ab, ohne daß stichhaltige Gründe vorlagen. Ein Beispiel der politischen Einstellung des Wahlvorstandes gibt folgender Bescheid: „Der Wahlvorstand der unpolitisch-christlichen Liste der 8. Gemeindegemeinschaft sieht sich veranlaßt, die Liste abzulehnen, weil sie nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.“ Auf mündliche Nachfrage nach den Gründen wurde erklärt, zwei Unterschriften scheinen von einer Hand getätigt. Dieser Grund ist in fast allen Bescheiden zu finden. Bei einer derartigen Auffassung ist es einem einseitigen Wahlvorstand immer möglich, Gegner auszuschalten. Die Möglichkeit der Nachprüfung der Listen ist uns genommen. Die Herrschaften weigern sich, die nicht angemessenen Listen herauszugeben, was der Wahlordnung widerspricht. An acht Schulen sind unsere Listen durchgegangen, hier scheint etwas in der Organisation der „Christlichen“ nicht geklappt zu haben. An den anderen Schulen erheben wir Protest und haben die Hoffnung, den Herrschaften zu einem späteren Termin aufzuspielen zu können.

Berichtungen und Mitteilungen.

4. Verwaltungsbezirk, 11., 12., 13., 14. Distrikt. Genossinnen, Genossen und Jugendgenossen werden ersucht, sich an den Wahlarbeiten der Elternbeiratswahlen am Sonntag, den 28. d. Mts. zu beteiligen und sich im Zentralwahllokal von Blesin, Stargarder Str. 3, von 9 Uhr vormittags an einzufinden.

5. Verwaltungsbezirk. Die Dekrete der einzelnen Schulen haben folgendes zu beachten: Das Zentralwahlbüro des 5. Verwaltungsbezirks befindet sich im Restaurant V. Witsch, Peiserburger Str. 5, Tel. Alexander 2243. Alle Mitteilungen über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind dort anzubringen. Einmündiges Wahlmaterial ist von dort abzuholen. Nach beendeter Wahl ist das Ergebnis dem Büro sofort mitzuteilen. Die Mitteilung muß enthalten: 1. Zahl der Wahlberechtigten, 2. abgegebene Stimmen, 3. unaktive Stimmen, 4. davon entfielen auf unsere Liste, auf gegenwärtige Liste, 5. wieweil Stimmen, 6. etwaige Wahlproteste. Alle Genossen und Genossinnen haben sich am Tage der Wahl zur Mitwirkung an den einzelnen Schulen zu melden.

Reutkölln (14. Verwaltungsbezirk). Die Genossen treffen sich Sonntag, 9 Uhr, zur Wahlarbeit. 1.—5. und 20. Bezirk 29. Schule Bobbink, 6.—10. Bezirk 35. und 36. Schule Richardstr. 47. 11.—15. Bezirk 27. und 28. Schule Mariendorfer We. 16.—18. Bezirk 12. Schule Domaststraße 20, 19. und 21. Bezirk 11. Schule Jonast, 16. 22.—24. Bezirk 7. Schule Malowerstr. 20/30. Die Genossen, die dort nicht gebraucht, melden sich Zentralbüro, Jäger 66. Der Ausschuss.

7. Distrikt, 3. Abteilung. Die Genossen von der Schule Subuser Str. 3 und Demminer Str. 20 treffen sich früh 9 Uhr bei Adam, Swinemünder Str. 94 zum Stimmzettel verteilen.

11. Distrikt, 4. Abteilung. Zur Elternbeiratswahl treffen sich die Helferinnen und Helfer um 9 Uhr bei Schlegel, Windstraße 7, Ecke Deinerdorferstraße.

18. Distrikt (Kreuzberg). Die Genossen treffen sich zur Wahlarbeit zu den Elternbeiratswahlen am Sonntag, früh 9 Uhr bei Noth, Brandenburgstr. 22.

20. Distrikt, Kreuzberg, 7. Abteilung. Zur Wahlarbeit treffen sich die Genossen um 10 Uhr im Knabenhort der Schule Glogauer Straße.

Siedlungspolitik, wie sie nicht sein soll

In den letzten Jahren sind um Berlin arößere Ländereien parzelliert worden, insbesondere im Südoften an der Götter Bahn. Im Gelände von Bohnsdorf haben meist dem Arbeiterstande angehörende, in Berlin und Reutkölln wohnende Bäuer, Parzellen erstanden, die überwiegend an ungepflanzten Straßen liegen. Der Wille zum Bau einer kleinen Wohnstätte ist bei vielen Parzellenbesitzern vorhanden, aber die vorläufigen Baubestimmungen sind derartig, daß, wenn die Bestimmungen zu befolgen bleiben, in absehbarer Zeit es für den kleinen Mann unerschwinglich ist, zu bauen. Nur Kriegsgezwungener, Schieber und Wucherer sind imstande, zweimal hunderttausend Mark als Pfahlerkosten zu hinterlegen. Wenn berücksichtigt wird, daß die Kleinfelder sich selbst die Bäume herstellen, aus Lehm und Zement, auch bereit sind, Lehmwandbauten auszuführen, so müssen nicht Bauvorschriften erlassen werden, die wohl für den Stadtkreis Berlin notwendig sein mögen, aber nicht für landliche Dörfer. Der Weltantrieb hatte, diese von den Parzellenbesitzern angeführten Kleinbauten zu beschließen, muß unbefangenen zugeben, daß sie in geographischer Beziehung besser sind, als Wohnungen in den Berliner Mietskasernen.

Als Bohnsdorf noch nicht zu Berlin gehörte, fanden die Parzellenbesitzer bei der Gemeindevertretung Unterstützung und ohne große Schwierigkeiten wurde die Bauerlaubnis erteilt. Es mußte höchstens eine Sicherheitskaution im Betrage von 600 bis 1000 M. wegen späterer Straßenpflasterung einbezahlt werden. Jetzt befindet sich das Gelände in Friedrichshagen und unter recht vielem Streitverlust und Aufwendungen von Bargeld muß dort recht oft vorgeproben werden, um nach Wochen einen abschlägigen Bescheid zu erhalten.

Werde wer es wagt, ohne Baugenehmigung zu beginnen, dann folgt es Strafmandate. Denn da ist das Baumamt sehr auf dem Posten. Circa zweitausend Parzellen sind im Bohnsdorfer Gelände und wenn es nicht solche Schwierigkeiten gäbe, wären diese bebaut und zweitausend Wohnungen würden in Berlin oder Reutkölln frei. Also, beliebiger Willkür, andere die Baubestimmungen und Herr Stadtbauinspektor tun Sie das Ihrige. Denn in der

Lösung der Wohnungsfrage ist schon soviel gearbeitet worden, aber die Tat bleibt aus! So wie die Verhältnisse in Bohnsdorf liegen, sind sie auch in den anderen ländlichen zu Berlin gehörenden Ortsteilen. Die Bauämter sollen nicht alles herausfinden, was das Bauen von Kleinbauten unmöglich macht, sondern sollen mit demselben Fleiß sich bemühen, die Möglichkeit zu schaffen, daß gebaut werden kann.

Die Beraubung Rosa Luxemburgs

Der unter dem Verdacht des Mordes an Rosa Luxemburg feinerzeit verhaftete Leutnant a. D. Ernst Krull hat sich am 30. d. Mts. unter der Auflage des Diebstahls an der goldenen Uhr und anderen Sachen Rosa Luxemburgs an der Dritten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Wie noch erinnert sein dürfte, war Krull in dem gegen den Jäger Runge und den inzwischen geflohenen Oberleutnant Vogel als Mörder angezeigter Prozeß als Zeuge vernommen worden. Schon damals tauchte der Verdacht auf, daß Krull derjenige Offizier gewesen sei, welcher nach Angabe des Runge im Augenblick der Abfahrt vom Eden-Hotel auf das Trittbrett des Autos gesprungen war und der Rosa Luxemburg in den Kopf geschossen hatte. Der Verdacht gegen Krull verdichtete sich und er wurde verhaftet. Auf Grund der vorgenommenen Ermittlung stellte bekanntlich die Eröffnungsammer auf Antrag der Staatsanwaltschaft II das Verfahren wegen Mordes wieder ein. Inzwischen hatte sich aber, während Krull in Untersuchungshaft saß, folgendes zugehört. Am 24. Februar v. J. erschien der Oberleutnant a. D. Bracht in der Redaktion der „Roten Fahne“ und teilte mit, daß er in der Wohnung seines Freundes Krull die goldene Uhr, ein Medaillon, Bilder und Papiere gefunden habe, welche aus der Wohnung der am 15. Januar 1910 ermordeten Frau Luxemburg in Siedende gestohlen worden seien. Die Folge war die vorliegende Anklage gegen Krull. Dieser bestritt auf das entschiedenste, die Sachen an sich gebracht zu haben, um sie zu behalten und hat durch Rechtsanwalt Vahu den Beweis dafür antreten lassen, daß die Gegenstände feinerzeit im Eden-Hotel von Hand zu Hand gegangen seien und schließlich auf irgendeine Weise in seinen Besitz gelangt seien. Er habe sie den Verwandten zurückgeben wollen, sei aber durch die politischen Unruhen feinerzeit und vor allem durch den gegen ihn aufgetauchten Mordverdacht daran gehindert worden. — Wir werden über den Prozeß berichten.

Der Raummeter Brennholz 1000 Mark

Die Welt wird schöner mit jedem Tag. Seit drei Jahren wird Brennholz für den kommenden Winter schon sehr frühzeitig eingekauft. Die Verbraucher beschränken sich auf größere Schräpfungen, wenn sie bis zum Herbst warten. Das muß die Holzhandlung aus, indem sie bereits jetzt für den Raummeter Brennholz tausend Mark fordern. Dabei ist gar kein Mangel an Brennholz. Es wird ja in den Forsten lediglich zu Spekulationszwecken der ärge Raubbau mit dem Abholzen ganzer Waldgebiete getrieben. — Die Preissetzungen sind nun glücklicherweise schon bei 62 Mark pro Raummeter angelangt. Die einzelne Preistafel kostet also schon fast eine Mark. Im nächsten Winter wird demnach eine kleine Stube nur mit 15 Mark zu beheizen sein. Verfluchte Aussichten!

Öffentliche Volksversammlung am Montag, den 29. Mai, abends 7 Uhr im Lokal Schöner, (am Bahnhof Stralau-Rummelsburg), Kienaststraße. Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Paul Levi spricht über: „Genua und das Weltproletariat“. — Erscheint in Massen.

Die Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ findet kommenden Montag, 5 Uhr nachmittags, im Gewerkschaftshaus statt.

Schülerkonzert in Lichtenberg. Im Interesse des Schulangehörigenunterrichtes veranstaltet die Freie Holzregenerwerkstatt am Sonntag, den 27. d. M., abends 6 Uhr, in der Aula des Jahn-Realgymnasiums, Neu-Lichtenberg, Marktstraße, am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, einen Musikvortrag mit anschließender freier Aussprache. Der Gesangslehrer Kurt vom Jahn-Realgymnasium wird mit dem Schülchor von ihm neubearbeitete Lieder der Schulfreunde zu Gehör bringen. Eintritt frei. Eltern und Schulfreunde willkommen.

Toukänhlerkonzert in Weihenlee. Für die musk- und bildungsunfähige Arbeiterschaft findet am kommenden Sonntag, den 28. Mai, nachm. 4 Uhr, in der Weihenlee-Gemeindehalle Viktorienstraße 23, ein großes Wagnerkonzert unter Mitwirkung des 50 Mann starken Berliner Toukänhlerorchesters und des Bariton-Solisten Dr. Bruno Boelderer vom Staatstheater Gera statt. Programm: „Meistersinger von Nürnberg“, „Wahn im Monolog“, „Verachtet mir die Meister nicht“, ferner Ouvertüre zur Oper „Tannhäuser“. — Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen von 5 Mark sind beim Genossen Deibel, Gäßlerstr. 7, zu haben.

Zwei Baunfälle. Vorgestern nachmittags stürzten der 60 Jahre alte Maler Edmond Sommer und der 40 Jahre alte Maler Theodor Klopffod von einem 3 Meter hohen Baugerüst am Planier auf den Bürgersteig und erlitten beide Verletzungen. Klopffod trug einen Beinbruch davon und mußte nach dem Urban-Krankenhaus geschafft werden. Sommer ist mit leichten Verletzungen davon gekommen. — Gegen 10 1/2 Uhr vormittags fiel auf dem Neubau der Reichsmontopolgesellschaft in Steglitz, Kleist-Ecke Grödenstraße, der 35 Jahre alte Arbeiter Paul Ludwig vom ersten Stockwerk in den Keller hinab. Er blieb benutzlos liegen und wurde in diesem Zustande nach der Rettungshalle 43 geschafft. Allem Anschein nach hat er innere Verletzungen erlitten.

Im Freibad ertrunken. Vorgestern nachmittags badete der 16jährige Lehrling Walter Teatmeyer im Freibad Oberschöneweide. Pflöcklich ging er unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Der Unterwassermeister Scharf von der 4. Hundertschaft in Köpenick sprang dem Verunglückten nach und brachte ihn ans Land. Doch blieben Wiederbelebungversuche erfolglos.

Ein Löser des Badens. Vorgestern ertrank beim Baden an einer verbotenen Stelle in der Krümmen Ecke der 16jährige Willi Klar aus Schöneberg, Klazienstraße 9. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Selbstmord. Heute früh fanden Spaziergänger an der Spitze bei der Brücke an der Albrechtstraße Gut, Laiche und Federn. Die auf den Boden eines Konsums Nischen aus Leipzig lauteten. Nach den Aussagen von Passanten ist der Unbekannte in die Spitze gesprungen. Die vom Publikum unternommenen Rettungsversuche waren erfolglos.

Gewerkschaftliches

Romintern-Aufrufe ohne Ende

Kaum ist die Remerkkommission geplatzt, erscheinen prompt die seitentlangen Aufrufe und funkelnagelneuen Parolen. Zu den politischen Aufrufen der Kommunisten gesellt sich nun einer vom Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale, der von niemand anderem bezeichnet ist, als von dem „Helden“ Heinrich Brandler. Der Aufruf wendet sich an die Bergarbeiter, Transportarbeiter, Seelente und Eisenbahner der Welt, insbesondere der Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands! Darin wird erzählt, daß die Internationale Federation der Bergarbeiter und Transportarbeiter „nicht ist“, um die Niederlage der amerikanischen Bergarbeiter abzuwenden. Da — wie es weiter heißt — die von euch noch geduldeten Führer nichts tun, um dieses neue Unglück abzuwenden, rufen wir euch auf, entweder eure Führer zu zwingen, den Kampf international zu organisieren, oder ohne die Führer der Internationalen Federation der Bergarbeiter und Transportarbeiter sofort die Förderung und Verschiffung von Streikbrecherlohn nach Amerika zu verhindern.“ Zum Schluß steht es dann: „Arbeiter, Klassenossen! Euch hilft niemand, wenn ihr euch nicht selber helft.“

Dinter diesem ganzen Geschwätz verbirgt sich nichts anders, als die offene Kampfanlage gegen die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Verbände, die nun mit aller Kraft heranni und gesprengt werden sollen. Die Kommunisten versicherten so oft treuherzig, und die kommunistischen Delegierten auf dem letzten Verbandstag der Buchbinder gaben noch eine besondere Erklärung dahin ab, daß sie nicht daran denken, die Gewerkschaften zu sprengen, sondern daß sie sich bereit erklärten, aktiv mitzuarbeiten, um die Einheitsfront herzustellen. Was von all diesen Versicherungen zu halten ist, erleben wir aus der neuesten Parole von Moskau. Unsere Genossen in den Gewerkschaften haben angefaßt dieser Dinge alle Veranlassung, den kommunistischen Freibeutern innerhalb unserer Gewerkschaften energisch entgegenzutreten, ihre Absichten, unsere Verbände zu sprengen und die Aktionskraft der deutschen Arbeiterkraft zu schwächen, mit allen Mitteln zu vereiteln.

Verbandstag der Zimmerer

Unmittelbar nach der Tagung der Bauarbeiter traten die Zimmerer in Bernigrode am 15. Mai zu ihrem 22. Verbandstag im Hotel „Monopol“, dem Heim der Bernigroder Arbeiterkraft zusammen. Zunächst wurden die Vertorborenen August Brinkmann, Redakteur, und Fritz Schrader, langjähriger Vorsitzender, geehrt.

Schönfelder-Hamburg begrüßt die Tagung, gibt einen wirtschaftspolitischen Ueberblick und legt dar, welche Arbeit im Verbands in der abgelaufenen Periode geleistet wurde. Aus dem Ausland erließen Jensen-Rosendagen, verschiedene Organisationen sowie der ADGB, sind vertreten. Mit etwa 14 Stimmen wurde abgelehnt, die Delegation von Jugland, die auf dem Bauarbeiterkongress war, einzuladen. Schönfelder erläuterte den vorliegenden Jahresbericht und begründet den abzuschließenden deutsch-russischen Vertrag. Zur Umschulung verlangen die Zimmerer eine zweijährige Lehrzeit. Redner wendet sich sowohl gegen den an sich freigewerkschaftlichen Polierbund, als auch gegen den eben in Leipzig gegründeten Bauarbeiterbund (I. Red.), der nach ihm ein lediglich umgewandelter Bauarbeiterverband sei. Er weist auf die große Entscheidung in dieser Frage hin und erklärt, daß die Dacharbeiter, Schornsteinfeger, Steinmetze, Steinarbeiter und Holzarbeiter dem Bauarbeiterbund ablehnen d gegenüberstehen. Schönfelder votiert ferner, sich der Jugend und der Lehrlinge anzunehmen und für den Nachwuchs der Gewerkschaften Sorge zu tragen. Zum Schluß wendet er sich

gegen die neuen arbeitsrechtlichen Geleige

wie die Schlichtungsordnung mit ihrem famosen Paragraphen 55, erhebt Protest gegen diese Gesetzesmacherei und wendet sich gegen die allzu kompromißlich gesinnten Mitglieder des Reichswirtschaftsrates. Er plädiert ferner für den Achtstundentag und erklärt, die Arbeitsgemeinschaft im Verste sei schon längst tot, man hätte nur vergeffen, sie zu beerdigen.

Den Kassendbericht erhaltet Römer-Hamburg. Er begründet einen Antrag, dem Zentralvorstand den Charakter einer juristischen Person zu geben. Für die Redaktion berichtet Dollgast-Hamburg. Beschwerden gegen das Blatt seien fast nicht eingelaufen. Er teilt noch mit, daß die Absicht bestehe, eine Jugendbeilage zu schaffen.

In der Diskussion wird das Urteil des Landgerichts in Frankfurt a. M. verurteilt, das Tarifverträge, die die Regelung der Beurlingslöhne vorsehen, für rechtsunwirksam erklärte.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen,

aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten.

Die in der Diskussion gemachten Angriffe auf den ADGB, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. In der Frage der Umschulung fand der Standpunkt des Zentralvorstandes Annahme. Abgelehnt wurde die Erweiterung

des Verbandsorgans der „Zimmerer“ und die Beschränkung der Hilfskräfte in den Bezirken.

Paeplow vom Bauarbeiterverband beschäftigt sich zum Teil mit der Forderung der Sachverhaltung durch den ADGB, und wendet sich dagegen, daß die auf dem Bauarbeiterverband gefassten Beschlüsse bei den Zimmerern zur Debatte stehen. In der Frage des Baugewerksbundes führte Paeplow aus, daß die Zimmerer einen günstigen Stand haben, der aber nicht ewig dauern wird, denn durch die

technische Umwälzung im Bauwerke

wird den Zimmerern Abbruch getan werden. Redner erklärt, daß die Sozialisierung im Bauwerke nicht die Hauptsache ist, es müßte aber gesiegt werden, wie diese Arbeit geleistet werden soll. Er hofft zum Schluß, daß die Zimmerer noch nicht das letzte Wort in dieser Frage gesprochen haben. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Selbständigkeit des Verbandes aufrechterhalten werden soll. Schönfelder polemisiert in seinem Schlußwort gegen Paeplow. Der Verbandstag beschließt, den Hauptvorstand zu entlasten und die Haltung des Zentralvorstandes gegen 17 Stimmen zu billigen. Der Antrag, den sozialen Verbänden sofort eine halbe Million zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt.

Von der sozialpolitischen Abteilung des ADGB, referiert Heintze über die Bauarbeiterkraft und über den Stand der Reichsbeschäftigung auf diesem Gebiete. Eine entsprechende Entschließung fand einstimmige Annahme. Namens der Statutenberatungskommission unterbreitete Römer-Hamburg neue Beitragsvorschlüge, die gegen vier Stimmen angenommen wurden. Roneberger-Leipzig berichtete am letzten Verhandlungstag über den Nürnberger Gewerkschaftskongress und Wollgast-Hamburg über den bevorstehenden Leipziger Kongress. Der Zentralvorstand leistete noch mit, daß er Vollmacht verleihe, seine Mitglieder in Zukunft nach der Arbeiterakademie in Frankfurt usw. zu schicken. Die Fragen des Rentenstreiks und des Weltarbeiterkongresses wurden diskutiert und entsprechende Anträge abgelehnt. Vom ADGB vertrat Rube den Standpunkt der Bundesleitung. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Schönfelder-Hamburg und Wollgast, Redakteur. Alle übrigen Funktionäre bleiben im Amte. Im Jahre 1924 soll der nächste Verbandstag stattfinden.

Zur Streikbewegung im Versicherungsgewerbe

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Unter den Angestellten Berlins und auch in anderen Städten wird von entsprechend interessierten Stellen das Gerücht ausgestreut, es fänden heute (26. Mai 1922) „zentrale Verhandlungen“ statt. Der dadurch gewollte Eindruck, als werde über Beilegung der Streiks und über eine Neuregelung der Gehälter für das ganze Reich verhandelt, widerspricht den Tatsachen. Der Arbeitgeberverband hat die beteiligten vier Angestelltenverbände zu heute (26. Mai 1922) allerdings zu einer Aussprache eingeladen, weil die neulich abgegebenen Erklärungen der Verbände über neuerliche zentrale Gehaltsregelung in einigen Fällen eine Stellungnahme darüber nicht klar erkennen ließen. Nur also hierüber und nicht über zentrale Gehaltsverhandlungen wird gesprochen. Ob die zu schaffende „Arbeit“ den stillen Wünschen des Arbeitgeberverbandes entsprechen wird, muß indes sehr bezweifelt werden.

Streik im Kolonialwaren- und Feinkosthandel

Am Mittwoch, den 24. Mai 1922, fand in den Prachtzügen Alt-Berlin, Blumenstr. 10, eine öffentliche Versammlung der Angestellten der genannten Branche statt, die nach einem Bericht von André vom J. d. A. beschloß, am Freitag früh in den Streik zu treten. Trotzdem die Arbeitgeber die Möglichkeit hatten, es zu einer Verständigung kommen zu lassen, hat man diese brüskt zurückgewiesen.

Wir fordern die Konsumenten auf, sofort die betroffenen Betriebe zu meiden und nur dort einzukaufen, wo die Forderungen bewilligt sind. Alle Arbeitgeber haben die Möglichkeit bei uns Plakate in Empfang zu nehmen, welche jeden Betrieb kennzeichnen, wo die Forderungen bewilligt sind.

Die Tarifverhandlungen der Buchdrucker gescheitert.

Der am 26. Mai zusammengetretene Tarifauschuß der deutschen Buchdrucker hat nach einer kaum zweistündigen Tagung die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die Gehilfenschaft sollte sich damit einverstanden erklären, daß die jetzt bezahlten Löhne auch noch für Juni Geltung behalten sollten. Diese Zustimmung wurde in bündiger Form zurückgewiesen. Damit waren die Verhandlungen zunächst gescheitert. Die Organisationsvertreter sind darauf zusammengetreten, um über die nächsten Schritte zu beraten.

Reffelschmiede. Am 21. Mai d. J. tagte eine Branchenversammlung der Reffelschmiede. Kollege Wajlawicz berichtete über die Vorkommnisse in den Spandauer Reichswerken, wo das Abkommen, welches zur Beilegung der Differenzen getroffen wurde, seitens der Spandauer Betriebsleitung durchbrochen wurde. Die Abmachungen gingen nämlich dahin, daß Bedarf an Reffelschmieden durch den Branchenvertreter angefordert werden sollen. Statt dessen hat sich die Betriebsleitung mit den damals entlassenen Reffelschmiedern in Verbindung gesetzt und sie durch Schreiben aufgefordert, wieder in Arbeit zu treten. Darin ist ein Bruch der gegebenen Versprechungen erblickt und Beschwerde erhoben. Das Verhalten der Betriebsleitung wurde ein-

stimmig verurteilt. Folgende Anträge wurden eingereicht und einstimmig angenommen: 1. Jeder arbeitstüchtige Reffelschmied wird verpflichtet, sich bei dem Branchenvertreter zur Arbeitsvermittlung zu melden, er darf also ohne Genehmigung der Branche keine Arbeit annehmen. 2. Von jeder beabsichtigten Lohn- oder sonstigen Bewegung ist der Branchenleitung vorher Mitteilung zu machen. Aus dem Grunde haben sich die Kollegen die Adresse des Branchenvertreters Wajlawicz, Berlin N. W., Köpplinger Str. 8, zu merken.

Zum Schiedsgericht im Kohlengewerbe. In Sachen des Schiedsgerichts der Kohlenarbeiter haben Verhandlungen beim Oberpräsidenten als Demobilisationskommissar stattgefunden, wo die Arbeitgeber erklärten, den Schiedsgericht anzuerkennen zu wollen. Die Nachzahlung soll spätestens bis Sonnabend bzw. Montag erfolgen.

USPD-Anarbeiter. Montag, den 29. Mai, abends 7 Uhr, in der Gemeindeschule, Markstraße 49: Beriam-Luna sämtlicher USPD-Anarbeiter, sowie der mit uns sympathisierenden Kollegen. Tagesordnung: Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die USPD. Ref. Landtagsabgeordneter Th. Illmer. — Der Verbandsauschuß der USPD-Holzarbeiter.

Berliner Einzelhandel. Der neue Gehaltsstarif für Rot für die kaufmännischen Angestellten des Berliner Einzelhandels ist gedruckt erschienen und im Büro des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7 D erhältlich.

Parteiveranstaltungen

16. Bezirk und Stralau. Die Lokale für das Hoffenberger sind sofort vom Genossen Dietrich abzuholen. Schönfelder-Verband. Das Zentralbüro hat zu den Ueberwachungsmaßnahmen Befehl für den Grund, Weininger Straße 8. Jeder freie Genosse muß sich dort zur Verfügung stellen.

Sonnabend, den 27. Mai

15. Verwaltungsbezirk. Abrechnung der Abteilungsleiter beim Gen. Ref. nachmittags 6 1/2—7 Uhr. Reichsa. 14. Verwaltungsbezirk. 5 Uhr Wahlarbeitenleiter des 14. Verwaltungsbezirks Piloten abholen im Parteibureau, Redorstraße. USPD-Delegation zum Montag Berlin-Brandenburg des Intern. Bundes der Reichspolier. Abends 7 Uhr im Tagungslokal Reaktionskammer.

Sonntag, den 28. Mai.

15. Verwaltungsbezirk. Abrechnung: Kaufmännischer. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Wahlarbeit vormittags 10 1/2 Uhr im Lokal Loges Koch, Baumstraße. Ede Genossin. 19. Bezirk. (Rechnung) Vormittags 9 Uhr bei Heber, Bismarckstraße Sitzung des Ausschusses mit der Bildungscommission. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig.

19. Bezirk. Rechner. Abrechnung nach der Bilanz. Treffpunkt: 7 Uhr Abrechnungsbüro. Folgebil 3.50 Uhr. Genossinnen Ruffe und Krieger mündigen. Arbeiter-Abendgruppe Reichsa. Ausflug in die Köpenicker Heide. Treffpunkt 1 1/2 Uhr nachmittags Reichsplatz. Für Kaffeeholen ist etwas gemahlener Kaffee und 1 Maß mitzubringen. Eltern und Gäste sowie andere Kinder willkommen.

Montag, den 29. Mai.

5. und 6. Bezirk. Frauenabend 7 1/2 Uhr bei Lauff, Brodowitz. 35 Fortuna des Genossen Jochenfeld. Die Genossinnen müssen unbedingt erscheinen. Reichsa-Brig. Frauenabend, 7 Uhr, im Reichsplatz, Mühlstraße, in der Mühlstraße. Ref.: Genossin Seeger.

Arbeiterport

Arbeiter-Wahlkreis-Bund „Solidarität“, Berlin. Lokale für Sonntag: 1. Abteilung: Buchenstraße, 5 Uhr, Genossen, 1 Uhr, St. 11: Bülowstraße 56. — 2. Abteilung: Buchenstraße 5. — 3. Abteilung: Buchenstraße 6. — 4. Abteilung: Buchenstraße 11. — 5. Abteilung: Buchenstraße 12. — 6. Abteilung: Buchenstraße 13. — 7. Abteilung: Buchenstraße 14. — 8. Abteilung: Buchenstraße 15. — 9. Abteilung: Buchenstraße 16. — 10. Abteilung: Buchenstraße 17. — 11. Abteilung: Buchenstraße 18. — 12. Abteilung: Buchenstraße 19. — 13. Abteilung: Buchenstraße 20. — 14. Abteilung: Buchenstraße 21. — 15. Abteilung: Buchenstraße 22. — 16. Abteilung: Buchenstraße 23. — 17. Abteilung: Buchenstraße 24. — 18. Abteilung: Buchenstraße 25. — 19. Abteilung: Buchenstraße 26. — 20. Abteilung: Buchenstraße 27. — 21. Abteilung: Buchenstraße 28. — 22. Abteilung: Buchenstraße 29. — 23. Abteilung: Buchenstraße 30. — 24. Abteilung: Buchenstraße 31. — 25. Abteilung: Buchenstraße 32. — 26. Abteilung: Buchenstraße 33. — 27. Abteilung: Buchenstraße 34. — 28. Abteilung: Buchenstraße 35. — 29. Abteilung: Buchenstraße 36. — 30. Abteilung: Buchenstraße 37. — 31. Abteilung: Buchenstraße 38. — 32. Abteilung: Buchenstraße 39. — 33. Abteilung: Buchenstraße 40. — 34. Abteilung: Buchenstraße 41. — 35. Abteilung: Buchenstraße 42. — 36. Abteilung: Buchenstraße 43. — 37. Abteilung: Buchenstraße 44. — 38. Abteilung: Buchenstraße 45. — 39. Abteilung: Buchenstraße 46. — 40. Abteilung: Buchenstraße 47. — 41. Abteilung: Buchenstraße 48. — 42. Abteilung: Buchenstraße 49. — 43. Abteilung: Buchenstraße 50. — 44. Abteilung: Buchenstraße 51. — 45. Abteilung: Buchenstraße 52. — 46. Abteilung: Buchenstraße 53. — 47. Abteilung: Buchenstraße 54. — 48. Abteilung: Buchenstraße 55. — 49. Abteilung: Buchenstraße 56. — 50. Abteilung: Buchenstraße 57. — 51. Abteilung: Buchenstraße 58. — 52. Abteilung: Buchenstraße 59. — 53. Abteilung: Buchenstraße 60. — 54. Abteilung: Buchenstraße 61. — 55. Abteilung: Buchenstraße 62. — 56. Abteilung: Buchenstraße 63. — 57. Abteilung: Buchenstraße 64. — 58. Abteilung: Buchenstraße 65. — 59. Abteilung: Buchenstraße 66. — 60. Abteilung: Buchenstraße 67. — 61. Abteilung: Buchenstraße 68. — 62. Abteilung: Buchenstraße 69. — 63. Abteilung: Buchenstraße 70. — 64. Abteilung: Buchenstraße 71. — 65. Abteilung: Buchenstraße 72. — 66. Abteilung: Buchenstraße 73. — 67. Abteilung: Buchenstraße 74. — 68. Abteilung: Buchenstraße 75. — 69. Abteilung: Buchenstraße 76. — 70. Abteilung: Buchenstraße 77. — 71. Abteilung: Buchenstraße 78. — 72. Abteilung: Buchenstraße 79. — 73. Abteilung: Buchenstraße 80. — 74. Abteilung: Buchenstraße 81. — 75. Abteilung: Buchenstraße 82. — 76. Abteilung: Buchenstraße 83. — 77. Abteilung: Buchenstraße 84. — 78. Abteilung: Buchenstraße 85. — 79. Abteilung: Buchenstraße 86. — 80. Abteilung: Buchenstraße 87. — 81. Abteilung: Buchenstraße 88. — 82. Abteilung: Buchenstraße 89. — 83. Abteilung: Buchenstraße 90. — 84. Abteilung: Buchenstraße 91. — 85. Abteilung: Buchenstraße 92. — 86. Abteilung: Buchenstraße 93. — 87. Abteilung: Buchenstraße 94. — 88. Abteilung: Buchenstraße 95. — 89. Abteilung: Buchenstraße 96. — 90. Abteilung: Buchenstraße 97. — 91. Abteilung: Buchenstraße 98. — 92. Abteilung: Buchenstraße 99. — 93. Abteilung: Buchenstraße 100.

Arbeiter-Wahlkreis-Bund „Solidarität“, Berlin. Lokale für Sonntag: 1. Abteilung: Buchenstraße, 5 Uhr, Genossen, 1 Uhr, St. 11: Bülowstraße 56. — 2. Abteilung: Buchenstraße 5. — 3. Abteilung: Buchenstraße 6. — 4. Abteilung: Buchenstraße 11. — 5. Abteilung: Buchenstraße 12. — 6. Abteilung: Buchenstraße 13. — 7. Abteilung: Buchenstraße 14. — 8. Abteilung: Buchenstraße 15. — 9. Abteilung: Buchenstraße 16. — 10. Abteilung: Buchenstraße 17. — 11. Abteilung: Buchenstraße 18. — 12. Abteilung: Buchenstraße 19. — 13. Abteilung: Buchenstraße 20. — 14. Abteilung: Buchenstraße 21. — 15. Abteilung: Buchenstraße 22. — 16. Abteilung: Buchenstraße 23. — 17. Abteilung: Buchenstraße 24. — 18. Abteilung: Buchenstraße 25. — 19. Abteilung: Buchenstraße 26. — 20. Abteilung: Buchenstraße 27. — 21. Abteilung: Buchenstraße 28. — 22. Abteilung: Buchenstraße 29. — 23. Abteilung: Buchenstraße 30. — 24. Abteilung: Buchenstraße 31. — 25. Abteilung: Buchenstraße 32. — 26. Abteilung: Buchenstraße 33. — 27. Abteilung: Buchenstraße 34. — 28. Abteilung: Buchenstraße 35. — 29. Abteilung: Buchenstraße 36. — 30. Abteilung: Buchenstraße 37. — 31. Abteilung: Buchenstraße 38. — 32. Abteilung: Buchenstraße 39. — 33. Abteilung: Buchenstraße 40. — 34. Abteilung: Buchenstraße 41. — 35. Abteilung: Buchenstraße 42. — 36. Abteilung: Buchenstraße 43. — 37. Abteilung: Buchenstraße 44. — 38. Abteilung: Buchenstraße 45. — 39. Abteilung: Buchenstraße 46. — 40. Abteilung: Buchenstraße 47. — 41. Abteilung: Buchenstraße 48. — 42. Abteilung: Buchenstraße 49. — 43. Abteilung: Buchenstraße 50. — 44. Abteilung: Buchenstraße 51. — 45. Abteilung: Buchenstraße 52. — 46. Abteilung: Buchenstraße 53. — 47. Abteilung: Buchenstraße 54. — 48. Abteilung: Buchenstraße 55. — 49. Abteilung: Buchenstraße 56. — 50. Abteilung: Buchenstraße 57. — 51. Abteilung: Buchenstraße 58. — 52. Abteilung: Buchenstraße 59. — 53. Abteilung: Buchenstraße 60. — 54. Abteilung: Buchenstraße 61. — 55. Abteilung: Buchenstraße 62. — 56. Abteilung: Buchenstraße 63. — 57. Abteilung: Buchenstraße 64. — 58. Abteilung: Buchenstraße 65. — 59. Abteilung: Buchenstraße 66. — 60. Abteilung: Buchenstraße 67. — 61. Abteilung: Buchenstraße 68. — 62. Abteilung: Buchenstraße 69. — 63. Abteilung: Buchenstraße 70. — 64. Abteilung: Buchenstraße 71. — 65. Abteilung: Buchenstraße 72. — 66. Abteilung: Buchenstraße 73. — 67. Abteilung: Buchenstraße 74. — 68. Abteilung: Buchenstraße 75. — 69. Abteilung: Buchenstraße 76. — 70. Abteilung: Buchenstraße 77. — 71. Abteilung: Buchenstraße 78. — 72. Abteilung: Buchenstraße 79. — 73. Abteilung: Buchenstraße 80. — 74. Abteilung: Buchenstraße 81. — 75. Abteilung: Buchenstraße 82. — 76. Abteilung: Buchenstraße 83. — 77. Abteilung: Buchenstraße 84. — 78. Abteilung: Buchenstraße 85. — 79. Abteilung: Buchenstraße 86. — 80. Abteilung: Buchenstraße 87. — 81. Abteilung: Buchenstraße 88. — 82. Abteilung: Buchenstraße 89. — 83. Abteilung: Buchenstraße 90. — 84. Abteilung: Buchenstraße 91. — 85. Abteilung: Buchenstraße 92. — 86. Abteilung: Buchenstraße 93. — 87. Abteilung: Buchenstraße 94. — 88. Abteilung: Buchenstraße 95. — 89. Abteilung: Buchenstraße 96. — 90. Abteilung: Buchenstraße 97. — 91. Abteilung: Buchenstraße 98. — 92. Abteilung: Buchenstraße 99. — 93. Abteilung: Buchenstraße 100.

Arbeiter-Wahlkreis-Bund „Solidarität“, Berlin. Lokale für Sonntag: 1. Abteilung: Buchenstraße, 5 Uhr, Genossen, 1 Uhr, St. 11: Bülowstraße 56. — 2. Abteilung: Buchenstraße 5. — 3. Abteilung: Buchenstraße 6. — 4. Abteilung: Buchenstraße 11. — 5. Abteilung: Buchenstraße 12. — 6. Abteilung: Buchenstraße 13. — 7. Abteilung: Buchenstraße 14. — 8. Abteilung: Buchenstraße 15. — 9. Abteilung: Buchenstraße 16. — 10. Abteilung: Buchenstraße 17. — 11. Abteilung: Buchenstraße 18. — 12. Abteilung: Buchenstraße 19. — 13. Abteilung: Buchenstraße 20. — 14. Abteilung: Buchenstraße 21. — 15. Abteilung: Buchenstraße 22. — 16. Abteilung: Buchenstraße 23. — 17. Abteilung: Buchenstraße 24. — 18. Abteilung: Buchenstraße 25. — 19. Abteilung: Buchenstraße 26. — 20. Abteilung: Buchenstraße 27. — 21. Abteilung: Buchenstraße 28. — 22. Abteilung: Buchenstraße 29. — 23. Abteilung: Buchenstraße 30. — 24. Abteilung: Buchenstraße 31. — 25. Abteilung: Buchenstraße 32. — 26. Abteilung: Buchenstraße 33. — 27. Abteilung: Buchenstraße 34. — 28. Abteilung: Buchenstraße 35. — 29. Abteilung: Buchenstraße 36. — 30. Abteilung: Buchenstraße 37. — 31. Abteilung: Buchenstraße 38. — 32. Abteilung: Buchenstraße 39. — 33. Abteilung: Buchenstraße 40. — 34. Abteilung: Buchenstraße 41. — 35. Abteilung: Buchenstraße 42. — 36. Abteilung: Buchenstraße 43. — 37. Abteilung: Buchenstraße 44. — 38. Abteilung: Buchenstraße 45. — 39. Abteilung: Buchenstraße 46. — 40. Abteilung: Buchenstraße 47. — 41. Abteilung: Buchenstraße 48. — 42. Abteilung: Buchenstraße 49. — 43. Abteilung: Buchenstraße 50. — 44. Abteilung: Buchenstraße 51. — 45. Abteilung: Buchenstraße 52. — 46. Abteilung: Buchenstraße 53. — 47. Abteilung: Buchenstraße 54. — 48. Abteilung: Buchenstraße 55. — 49. Abteilung: Buchenstraße 56. — 50. Abteilung: Buchenstraße 57. — 51. Abteilung: Buchenstraße 58. — 52. Abteilung: Buchenstraße 59. — 53. Abteilung: Buchenstraße 60. — 54. Abteilung: Buchenstraße 61. — 55. Abteilung: Buchenstraße 62. — 56. Abteilung: Buchenstraße 63. — 57. Abteilung: Buchenstraße 64. — 58. Abteilung: Buchenstraße 65. — 59. Abteilung: Buchenstraße 66. — 60. Abteilung: Buchenstraße 67. — 61. Abteilung: Buchenstraße 68. — 62. Abteilung: Buchenstraße 69. — 63. Abteilung: Buchenstraße 70. — 64. Abteilung: Buchenstraße 71. — 65. Abteilung: Buchenstraße 72. — 66. Abteilung: Buchenstraße 73. — 67. Abteilung: Buchenstraße 74. — 68. Abteilung: Buchenstraße 75. — 69. Abteilung: Buchenstraße 76. — 70. Abteilung: Buchenstraße 77. — 71. Abteilung: Buchenstraße 78. — 72. Abteilung: Buchenstraße 79. — 73. Abteilung: Buchenstraße 80. — 74. Abteilung: Buchenstraße 81. — 75. Abteilung: Buchenstraße 82. — 76. Abteilung: Buchenstraße 83. — 77. Abteilung: Buchenstraße 84. — 78. Abteilung: Buchenstraße 85. — 79. Abteilung: Buchenstraße 86. — 80. Abteilung: Buchenstraße 87. — 81. Abteilung: Buchenstraße 88. — 82. Abteilung: Buchenstraße 89. — 83. Abteilung: Buchenstraße 90. — 84. Abteilung: Buchenstraße 91. — 85. Abteilung: Buchenstraße 92. — 86. Abteilung: Buchenstraße 93. — 87. Abteilung: Buchenstraße 94. — 88. Abteilung: Buchenstraße 95. — 89. Abteilung: Buchenstraße 96. — 90. Abteilung: Buchenstraße 97. — 91. Abteilung: Buchenstraße 98. — 92. Abteilung: Buchenstraße 99. — 93. Abteilung: Buchenstraße 100.

Arbeiter-Wahlkreis-Bund „Solidarität“, Berlin. Lokale für Sonntag: 1. Abteilung: Buchenstraße, 5 Uhr, Genossen, 1 Uhr, St. 11: Bülowstraße 56. — 2. Abteilung: Buchenstraße 5. — 3. Abteilung: Buchenstraße 6. — 4. Abteilung: Buchenstraße 11. — 5. Abteilung: Buchenstraße 12. — 6. Abteilung: Buchenstraße 13. — 7. Abteilung: Buchenstraße 14. — 8. Abteilung: Buchenstraße 15. — 9. Abteilung: Buchenstraße 16. — 10. Abteilung: Buchenstraße 17. — 11. Abteilung: Buchenstraße 18. — 12. Abteilung: Buchenstraße 19. — 13. Abteilung: Buchenstraße 20. — 14. Abteilung: Buchenstraße 21. — 15. Abteilung: Buchenstraße 22. — 16. Abteilung: Buchenstraße 23. — 17. Abteilung: Buchenstraße 24. — 18. Abteilung: Buchenstraße 25. — 19. Abteilung: Buchenstraße 26. — 20. Abteilung: Buchenstraße 27. — 21. Abteilung: Buchenstraße 28. — 22. Abteilung: Buchenstraße 29. — 23. Abteilung: Buchenstraße 30. — 24. Abteilung: Buchenstraße 31. — 25. Abteilung: Buchenstraße 32. — 26. Abteilung: Buchenstraße 33. — 27. Abteilung: Buchenstraße 34. — 28. Abteilung: Buchenstraße 35. — 29. Abteilung: Buchenstraße 36. — 30. Abteilung: Buchenstraße 37. — 31. Abteilung: Buchenstraße 38. — 32. Abteilung: Buchenstraße 39. — 33. Abteilung: Buchenstraße 40. — 34. Abteilung: Buchenstraße 41. — 35. Abteilung: Buchenstraße 42. — 36. Abteilung: Buchenstraße 43. — 37. Abteilung: Buchenstraße 44. — 38. Abteilung: Buchenstraße 45. — 39. Abteilung: Buchenstraße 46. — 40. Abteilung: Buchenstraße 47. — 41. Abteilung: Buchenstraße 48. — 42. Abteilung: Buchenstraße 49. — 43. Abteilung: Buchenstraße 50. — 44. Abteilung: Buchenstraße 51. — 45. Abteilung: Buchenstraße 52. — 46. Abteilung: Buchenstraße 53. — 47. Abteilung: Buchenstraße 54. — 48. Abteilung: Buchenstraße 55. — 49. Abteilung: Buchenstraße 56. — 50. Abteilung: Buchenstraße 57. — 51. Abteilung: Buchenstraße 58. — 52. Abteilung: Buchenstraße 59. — 53. Abteilung: Buchenstraße 60. — 54. Abteilung: Buchenstraße 61. — 55. Abteilung: Buchenstraße 62. — 56. Abteilung: Buchenstraße 63. — 57. Abteilung: Buchenstraße 64. — 58. Abteilung: Buchenstraße 65. — 59. Abteilung: Buchenstraße 66. — 60. Abteilung: Buchenstraße 67. — 61. Abteilung: Buchenstraße 68. — 62. Abteilung: Buchenstraße 69. — 63. Abteilung: Buchenstraße 70. — 64. Abteilung: Buchenstraße 71. — 65. Abteilung: Buchenstraße 72. — 66. Abteilung: Buchenstraße 73. — 67. Abteilung: Buchenstraße 74. — 68. Abteilung: Buchenstraße 75. — 69. Abteilung: Buchenstraße 76. — 70. Abteilung: Buchenstraße 77. — 71. Abteilung: Buchenstraße 78. — 72. Abteilung: Buchenstraße 79. — 73. Abteilung: Buchenstraße 80. — 74. Abteilung: Buchenstraße 81. — 75. Abteilung: Buchenstraße 82. — 76. Abteilung: Buchenstraße 83. — 77. Abteilung: Buchenstraße 84. — 78. Abteilung: Buchenstraße 85. — 79. Abteilung: Buchenstraße 86. — 80. Abteilung: Buchenstraße 87. — 81. Abteilung: Buchenstraße 88. — 82. Abteilung: Buchenstraße 89. — 83. Abteilung: Buchenstraße 90. — 84. Abteilung: Buchenstraße 91. — 85. Abteilung: Buchenstraße 92. — 86. Abteilung: Buchenstraße 93. — 87. Abteilung: Buchenstraße 94. — 88. Abteilung: Buchenstraße 95. — 89. Abteilung: Buchenstraße 96. — 90. Abteilung: Buchenstraße 97. — 91. Abteilung: Buchenstraße 98. — 92. Abteilung: Buchenstraße 99. — 93. Abteilung: Buchenstraße 100.

Arbeiter-Wahlkreis-Bund „Solidarität“, Berlin. Lokale für Sonntag: 1. Abteilung: Buchenstraße, 5 Uhr, Genossen, 1 Uhr, St. 11: Bülowstraße 56. — 2. Abteilung: Buchenstraße 5. — 3. Abteilung: Buchenstraße 6. — 4. Abteilung: Buchenstraße 11. — 5. Abteilung: Buchenstraße 12. — 6. Abteilung: Buchenstraße 13. — 7. Abteilung: Buchenstraße 14. — 8. Abteilung: Buchenstraße 15. — 9. Abteilung: Buchenstraße 16. — 10. Abteilung: Buchenstraße 17. — 11. Abteilung: Buchenstraße 18. — 12. Abteilung: Buchenstraße 19. — 13. Abteilung: Buchenstraße 20. — 14. Abteilung: Buchenstraße 21. — 15. Abteilung: Buchenstraße 22. — 16. Abteilung: Buchenstraße 23. — 17. Abteilung: Buchenstraße 24. — 18. Abteilung: Buchenstraße 25. — 19. Abteilung: Buchenstraße 26. — 20. Abteilung: Buchenstraße 27. — 21. Abteilung: Buchenstraße 28. — 22. Abteilung: Buchenstraße 29. — 23. Abteilung: Buchenstraße 30. — 24. Abteilung: Buchenstraße 31. — 25. Abteilung: Buchenstraße 32. — 26. Abteilung: Buchenstraße 33. — 27. Abteilung: Buchenstraße 34. — 28. Abteilung: Buchenstraße 35. — 29. Abteilung: Buchenstraße 36. — 30. Abteilung: Buchenstraße 37. — 31. Abteilung: Buchenstraße 38. — 32. Abteilung: Buchenstraße 39. — 33. Abteilung: Buchenstraße 40. — 34. Abteilung: Buchenstraße 41. — 35. Abteilung: Buchenstraße 42. — 36. Abteilung: Buchenstraße 43. — 37. Abteilung: Buchenstraße 44. — 38. Abteilung: Buchenstraße 45. — 39. Abteilung: Buchenstraße 46. — 40. Abteilung: Buchenstraße 47. — 41. Abteilung: Buchenstraße 48. — 42. Abteilung: Buchenstraße 49. — 43. Abteilung: Buchenstraße 50. — 44. Abteilung: Buchenstraße 51. — 45. Abteilung: Buchenstraße 52. — 46. Abteilung: Buchenstraße 53. — 47. Abteilung: Buchenstraße 54. — 48. Abteilung: Buchenstraße 55. — 49. Abteilung: Buchenstraße 56. — 50. Abteilung: Buchenstraße 57. — 51. Abteilung: Buchenstraße 58. — 52. Abteilung: Buchenstraße 59. — 53. Abteilung: Buchenstraße 60. — 54. Abteilung: Buchenstraße 61. — 55. Abteilung: Buchenstraße 62. — 56. Abteilung: Buchenstraße 63. — 57. Abteilung: Buchenstraße 64. — 58. Abteilung: Buchenstraße 65. — 59. Abteilung: Buchenstraße 66. — 60. Abteilung: Buchenstraße 67. — 61. Abteilung: Buchenstraße 68. — 62. Abteilung: Buchenstraße 69. — 63. Abteilung: Buchenstraße 70. — 64. Abteilung: Buchenstraße 71. — 65. Abteilung: Buchenstraße 72. — 66. Abteilung: Buchenstraße 73. — 67. Abteilung: Buchenstraße 74. — 68. Abteilung: Buchenstraße 75. — 69. Abteilung: Buchenstraße 76. — 70. Abteilung: Buchenstraße 77. — 71. Abteilung: Buchenstraße 78. — 72. Abteilung: Buchenstraße 79. — 73. Abteilung: Buchenstraße 80. — 74. Abteilung: Buchenstraße 81. — 75. Abteilung: Buchenstraße 82. — 76. Abteilung: Buchenstraße 83. — 77. Abteilung: Buchenstraße 84. — 78. Abteilung: Buchenstraße 85. — 79. Abteilung: Buchenstraße 86. — 80. Abteilung: Buchenstraße 87. — 81. Abteilung: Buchenstraße 88. — 82. Abteilung: Buchenstraße 89. — 83. Abteilung: Buchenstraße 90. — 84. Abteilung: Buchenstraße 91. — 85. Abteilung: Buchenstraße 92. — 86. Abteilung: Buchenstraße 93. — 87. Abteilung: Buchenstraße 94. — 88. Abteilung: Buchenstraße 95. — 89. Abteilung: Buchenstraße 96. — 90. Abteilung: Buchenstraße 97. — 91. Abteilung: Buchenstraße 98. — 92. Abteilung: Buchenstraße 99. — 93. Abteilung: Buchenstraße 100.

Arbeiter-Wahlkreis-Bund „Solidarität“, Berlin. Lokale für Sonntag: 1. Abteilung: Buchenstraße, 5 Uhr, Genossen, 1 Uhr, St. 11: Bülowstraße 56. — 2. Abteilung: Buchenstraße 5. — 3. Abteilung: Buchenstraße 6. — 4. Abteilung: Buchenstraße 11. — 5. Abteilung: Buchenstraße 12. — 6. Abteilung: Buchenstraße 13. — 7. Abteilung: Buchenstraße 14. — 8. Abteilung: Buchenstraße 15. — 9. Abteilung: Buchenstraße 16. — 10. Abteilung: Buchenstraße 17. — 11. Abteilung: Buchenstraße 18. — 12. Abteilung: Buchenstraße 19. — 13. Abteilung: Buchenstraße 20. — 14. Abteilung: Buchenstraße 21. — 15. Abteilung: Buchenstraße 22. — 16. Abteilung: Buchenstraße 23. — 17. Abteilung: Buchenstraße 24. — 18. Abteilung: Buchenstraße 25. — 19. Abteilung: Buchenstraße 26. — 20. Abteilung: Buchenstraße 27. — 21. Abteilung: Buchenstraße 28. — 22. Abteilung: Buchenstraße 29. — 23. Abteilung: Buchenstraße 30. — 24. Abteilung: Buchenstraße 31. — 25. Abteilung: Buchenstraße 32. — 26. Abteilung: Buchenstraße 33. — 27. Abteilung: Buchenstraße 34. — 28. Abteilung: Buchenstraße 35. — 29. Abteilung: Buchenstraße 36. — 30. Abteilung: Buchenstraße 37. — 31. Abteilung: Buchenstraße 38. — 32. Abteilung: Buchenstraße 39. — 33. Abteilung: Buchenstraße 40. — 34. Abteilung: Buchenstraße 41. — 35. Abteilung: Buchenstraße 42. — 36. Abteilung: Buchenstraße 43. — 37. Abteilung: Buchenstraße 44. — 38. Abteilung: Buchenstraße 45. — 39. Abteilung: Buchenstraße 46. — 40. Abteilung: Buchenstraße 47. — 41. Abteilung: Buchenstraße 48. — 42. Abteilung: Buchenstraße 49. — 43. Abteilung: Buchenstraße 50. — 44. Abteilung: Buchenstraße 51. — 45. Abteilung: Buchenstraße 52. — 46. Abteilung: Buchenstraße 53. — 47. Abteilung: Buchenstraße 54. — 48. Abteilung: Buchenstraße 55. — 49. Abteilung: Buchenstraße 56. — 50. Abteilung: Buchenstraße 57. — 51. Abteilung: Buchenstraße 58. — 52. Abteilung: Buchenstraße 59. — 53. Abteilung: Buchenstraße 60. — 54. Abteilung: Buchenstraße 61. — 55. Abteilung: Buchenstraße 62. — 56. Abteilung: Buchenstraße 63. — 57. Abteilung: Buchenstraße 64. — 5